



Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
- Bücherei -

V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

41. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1989

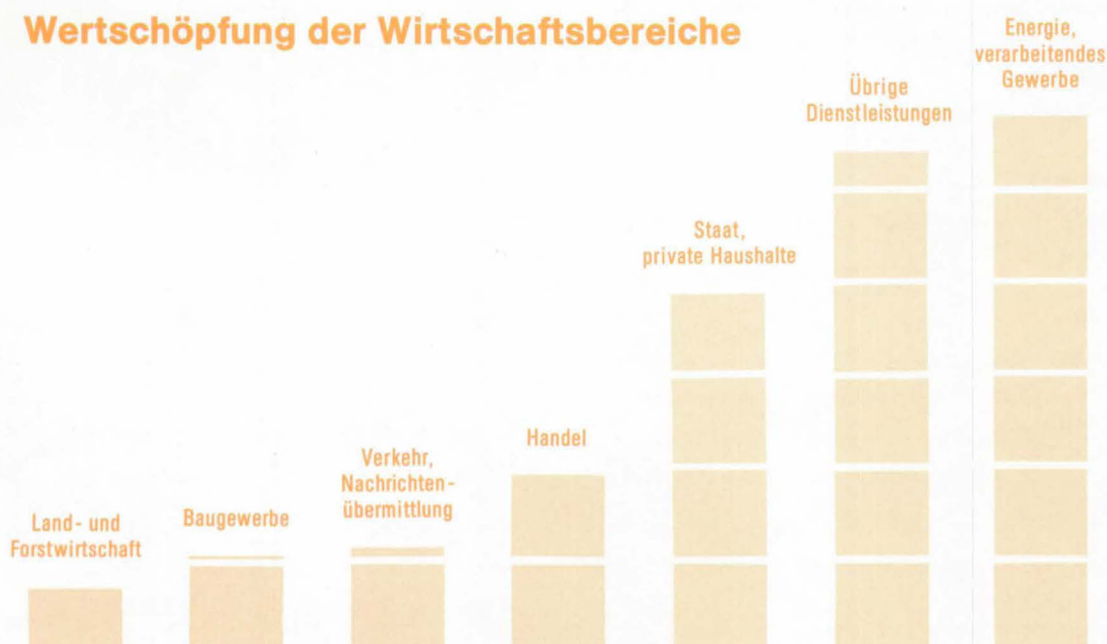
Grafik des Monats: Beschäftigte in den Kreisen

Aufsätze: Beschäftigte und Arbeitsstätten 1987  
Über die kompensatorischen  
Kosten des Sozialprodukts

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

## Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Verarbeitendes Gewerbe <sup>1</sup></b>					
		<b>August 1989</b>		<b>Januar bis August 1989</b>	
Beschäftigte	1 000	171	+ 1,7	168	+ 2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 2,2	15	+ 0,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	631	+ 6,0	605	+ 5,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 165	+ 5,9	3 250	+ 7,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 467	+ 3,2	2 473	+ 7,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	698	+ 16,8	777	+ 7,3
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 336	+ 33,3	2 135	+ 15,5
aus dem Inland	Mill. DM	1 453	+ 18,5	1 412	+ 17,4
aus dem Ausland	Mill. DM	884	+ 68,0	723	+ 11,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE				
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	39	- 5,9	37	- 3,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 12,9	4	- 1,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	123	- 3,4	105	+ 2,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	388	- 10,9	333	+ 5,1
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. DM	299	+ 13,5	231	- 0,9
<b>Baugenehmigungen <sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	809	+ 32,4	655	+ 7,9
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	1 163	+ 76,2	547	+ 14,4
<b>Einzelhandel</b>					
		<b>Juli 1989</b>		<b>Januar bis Juli 1989</b>	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	117,3	+ 1,8	111,0	+ 5,1
<b>Gastgewerbe</b>					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	157,7	+ 2,8	108,6	+ 3,1
<b>Fremdenverkehr <sup>5</sup></b>					
Ankünfte	1 000	p 500	p+ 1,7	p 282	p+ 6,0
Übernachtungen	1 000	p 3 130	p- 5,1	p 1 423	p- 0,3
<b>Arbeitsmarkt</b>					
		<b>August 1989</b>		<b>Januar bis August 1989</b>	
Arbeitslose	Anzahl	93 437	- 7,7	104 057	- 6,8
<b>Außenhandel</b>					
		<b>Juni 1989</b>		<b>Januar bis Juni 1989</b>	
Ausfuhr	Mill. DM	1 154,6	+ 3,8	1 053,8	+ 22,9
<b>Kredite <sup>6</sup></b>					
		<b>Juli 1989</b>		<b>Januar bis Juli 1989</b>	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 176	+ 4,4	8 898	+ 1,1
mittel- und langfristige Kredite <sup>7</sup>	Mill. DM	51 072	+ 3,3	50 604	+ 3,0

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

41. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1989

## Aktuelle Auslese

### Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr unter der Bundesentwicklung



Für das erste Halbjahr 1989 liegt eine erste Schätzung der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts vor. Danach hat Schleswig-Holstein einen Zuwachs bei den hierzulande erzeugten Gütern und Diensten, der um mehr als einen Prozentpunkt unter dem des Bundes von 4,0 % liegt. In Schleswig-Holstein ist nach diesen noch vorläufigen Zahlen der Marktwert der erzeugten Güter und Dienste preisbereinigt um etwa 2 1/2 % gestiegen.

Dieser Zuwachs wäre aber deutlich näher am Bundesdurchschnitt, wenn nicht in erheblichem Umfang stark verbrauchsteuerhaltige Produktion außer Landes gegangen wäre. Diese Verbrauchsteuern hatten als Bestandteil des Marktwertes zwar zum Inlandsprodukt gezählt. Daß sie jetzt fehlen, wirkt sich aber weder auf die Beschäftigung noch auf die Steuerkraft des Landes negativ aus.

### 1988 Bevölkerungszunahme



Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nahm im Jahre 1988 um über 9 000 Einwohner (+ 0,4 %) auf 2 565 000 zu. Im Jahr zuvor hatte sie sich durch Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge praktisch nicht verändert.

1988 wurden 27 310 Kinder geboren. Dies waren 1 354 mehr als ein Jahr zuvor. Im selben Zeitraum starben 30 424 Einwohner und damit 461 weniger als 1987. Es starben also mehr Menschen, als geboren wurden. Der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen hat sich jedoch mit 3 114 nochmals deutlich verringert. Im Vorjahr hatte er noch fast 5 000 betragen.

Bei den Zu- und Fortzügen gab es eine stürmische Entwicklung, wohl vor allem verursacht durch die Zuwanderung von

Aussiedlern, Übersiedlern und Asylbewerbern. 1988 zogen 68 000 Personen nach Schleswig-Holstein, und 56 000 verließen das Land. Durch die Umzüge über die Landesgrenze gewann Schleswig-Holstein also 12 000 Einwohner, das waren 7 000 mehr als 1987. Derartige Wanderungsgewinne hatte das Land zuletzt Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre gehabt.

### Bettenauslastung der Krankenhäuser 88 %



In den 77 schleswig-holsteinischen Krankenhäusern für Akutkranke standen am Jahresende 1988 15 200 Betten, in den 55 Krankenhäusern für übrige Kranke waren es 11 900. Die Betten in den Akutkrankenhäusern wurden zu 84 %, die in den Sonderkrankenhäusern zu 93 % ausgenutzt, im Durchschnitt zu 88 %.

Stationär behandelt wurden im Laufe des Jahres 1988 fast 500 000 Patienten. Für sie wurden fast 9 Millionen Pflgetage aufgewendet. Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten lag knapp unter 12 Tagen. Für die Behandlung der Patienten standen 3 600 Ärztinnen und Ärzte bereit.

### Umsatzplus im Handwerk



Die Unternehmen der selbständigen Handwerker haben im zweiten Quartal 1989 ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr mit fast 6 % merklich steigern können. Dies spiegelt sich auch in einer zur Jahresmitte um 1,5 % höheren Beschäftigtenzahl wider. Im ersten Quartal hatte das Umsatzplus sogar über 7 % gelegen, der Beschäftigtenstand Ende März war um fast 3 % höher gewesen als ein Jahr zuvor.

# Beschäftigte und Arbeitsstätten 1987

Arbeitsstättenzählungen haben als wirtschaftsstatistische Rahmenerhebungen eine lange Tradition vorzuweisen, die bis in das vorige Jahrhundert zurückreicht. Die Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 war nach 1950, 1961 und 1970 die seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland vierte Großzählung dieser Art. Sie wurde zusammen mit der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Im Gegensatz zur Volkszählung, die sich an den einzelnen Bürger wandte, wurden bei der Arbeitsstättenzählung wichtige Fakten wie etwa der Wirtschaftszweig, die Zahl und Zusammensetzung der Beschäftigten, die Lohn- und Gehaltszahlungen usw. am Ort der wirtschaftlichen Aktivitäten, also in den Arbeitsstätten, erfaßt.

Eine Arbeitsstätte ist eine örtliche Einheit — ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit —, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind.

Erfaßt wurden alle Arbeitsstätten des produzierenden Gewerbes, des Handels und Verkehrs, der Banken und Versicherungen, des Gast- und Reinigungsgewerbes, der Körperpflege, der Bildung, Wissenschaft, Kultur und des Sports, der Publizistik, des Gesundheitswesens, der Rechts- und Steuerberatung. Des weiteren gehört zum Erhebungsbereich dieser Zählung der nicht erwerbswirtschaftlich orientierte Sektor. Hierzu zählen Arbeitsstätten von Kirchen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Organisationen ohne Erwerbszweck sowie von Behörden und von der Sozialversicherung. Aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei wurden Arbeitsstätten nur erfaßt, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe galten. Dazu gehören u. a.

Schweinemästereien und gewerbliche Gärtnereien. Der gewerbliche Teil bezieht in etwa jede achte in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei tätige Person ein, legt man die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung zugrunde.

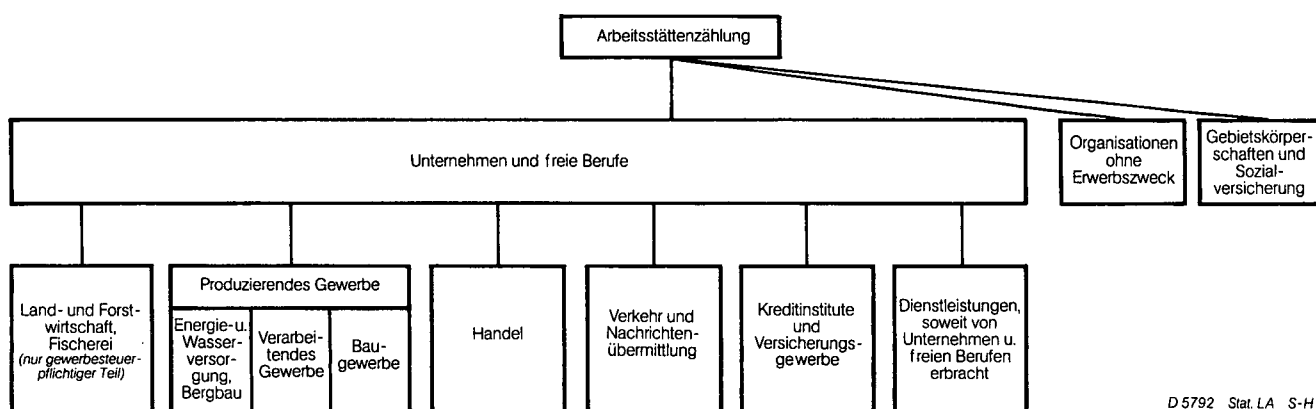
Aus arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Betrachtung ist die Zahl der Beschäftigten in den Arbeitsstätten die wohl wichtigste Darstellungsgröße der Zählung. Zu beachten ist allerdings, daß sich die Beschäftigtenzahl kumulativ aus den Meldungen sämtlicher Arbeitsstätten ergibt. Eine Person mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Arbeitsstätten ist somit mehrfach gezählt worden.

Die Arbeitsstätten wurden nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 in der Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1987, gegliedert. Seit der vorangegangenen Zählung im Jahre 1970 ist die Wirtschaftszweigsystematik — dem Wandel ökonomischer Aktivitäten entsprechend — in geringem Maße abgewandelt worden. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse beider Zählungen zu ermöglichen, sind die Daten von 1970 auf die Systematik für 1987 umgeschlüsselt worden.

## Wandel der Beschäftigung in allen Wirtschaftsbereichen

Die Zeit von 1970 bis 1987 war eine Phase des intensiven wirtschaftsstrukturellen Wandels. Die Zahl aller Beschäftigten stieg von 813 000 im Jahre 1970 bis 1987 um 16 % auf gut 943 000 an, wobei die Entwicklung in wirtschaftlicher Gliederung recht uneinheitlich war.

Erhebungsbereich der Arbeitsstättenzählung vom 25.5.1987

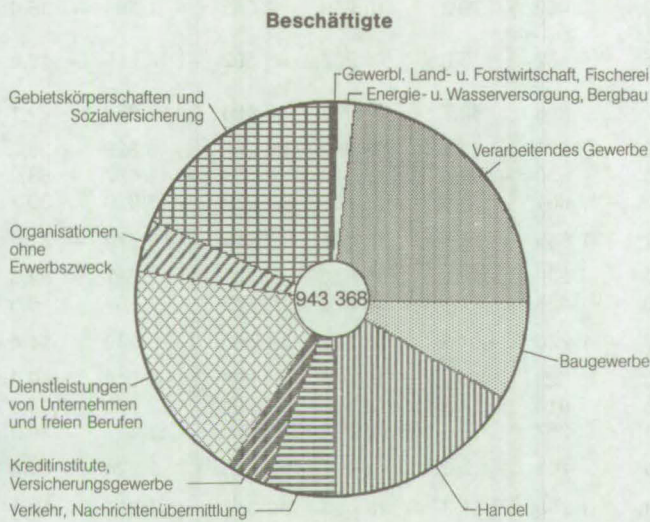
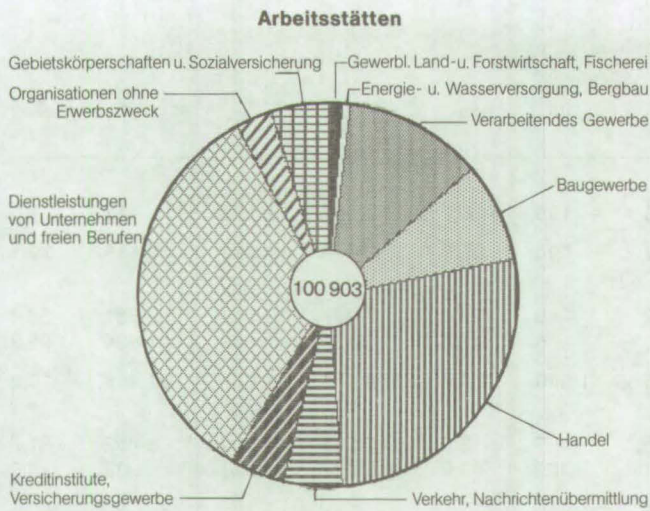


D 5792 Stat. LA S-H

**Arbeitsstätten und Beschäftigte am 27. 5. 1970 und am 25. 5. 1987 in wirtschaftlicher Gliederung**

Wirtschaftsabteilung Ausgewählte Unterabteilungen	Arbeitsstätten				Beschäftigte			
	Anzahl		Veränderung		Anzahl		Veränderung	
	27.5. 1970	25.5. 1987	absolut	in %	27.5. 1970	25.5. 1987	absolut	in %
<b>Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	<b>1 778</b>	<b>1 623</b>	<b>- 155</b>	<b>- 8,7</b>	<b>7 187</b>	<b>7 298</b>	<b>111</b>	<b>1,5</b>
<b>Energie- und Wasserversorgung, Bergbau</b>	<b>248</b>	<b>342</b>	<b>94</b>	<b>37,9</b>	<b>8 148</b>	<b>11 333</b>	<b>3 185</b>	<b>39,1</b>
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	234	322	88	37,6	7 797	10 648	2 851	36,6
Bergbau	14	20	6	42,9	351	685	334	95,2
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>13 861</b>	<b>11 915</b>	<b>- 1 946</b>	<b>- 14,0</b>	<b>259 165</b>	<b>219 677</b>	<b>- 39 488</b>	<b>- 15,2</b>
Chemische Industrie usw., Mineralölverarbeitung	178	185	7	3,9	10 208	14 010	3 802	37,2
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	148	251	103	69,6	5 872	6 810	938	16,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	576	687	111	19,3	14 994	10 749	- 4 245	- 28,3
Metallerzeugung und -bearbeitung	571	1 023	452	79,2	10 659	9 063	- 1 596	- 15,0
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	2 697	2 615	- 82	- 3,0	76 207	63 592	- 12 615	- 16,6
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	1 074	1 962	888	82,7	39 093	46 966	7 873	20,1
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	2 474	1 900	- 574	- 23,2	36 760	28 232	- 8 528	- 23,2
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	2 335	1 485	- 850	- 36,4	19 249	8 052	- 11 197	- 58,2
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	3 808	1 807	- 2 001	- 52,5	46 123	32 203	- 13 920	- 30,2
<b>Baugewerbe</b>	<b>6 802</b>	<b>8 487</b>	<b>1 685</b>	<b>24,8</b>	<b>94 281</b>	<b>74 511</b>	<b>- 19 770</b>	<b>- 21,0</b>
Bauhauptgewerbe	2 728	3 957	1 229	45,1	65 602	44 265	- 21 337	- 32,5
Ausbaugewerbe	4 074	4 530	456	11,2	28 679	30 246	1 567	5,5
<b>Handel</b>	<b>28 079</b>	<b>26 859</b>	<b>- 1 220</b>	<b>- 4,3</b>	<b>138 641</b>	<b>158 580</b>	<b>19 939</b>	<b>14,4</b>
Großhandel	4 030	4 353	323	8,0	40 066	44 066	4 000	10,0
Handelsvermittlung	1 901	2 715	814	42,8	3 192	5 294	2 102	65,9
Einzelhandel	22 148	19 791	- 2 357	- 10,6	95 383	109 220	13 837	14,5
<b>Verkehr, Nachrichtenübermittlung</b>	<b>5 145</b>	<b>5 246</b>	<b>101</b>	<b>2,0</b>	<b>49 991</b>	<b>55 215</b>	<b>5 224</b>	<b>10,4</b>
<b>Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe</b>	<b>2 745</b>	<b>4 701</b>	<b>1 956</b>	<b>71,3</b>	<b>20 493</b>	<b>30 347</b>	<b>9 854</b>	<b>48,1</b>
Kreditinstitute	1 387	1 633	246	17,7	14 754	21 541	6 787	46,0
Versicherungsgewerbe	174	163	- 11	- 6,3	3 420	3 112	- 308	- 9,0
Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	1 184	2 905	1 721	145,4	2 319	5 694	3 375	145,5
<b>Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen</b>	<b>21 698</b>	<b>33 746</b>	<b>12 048</b>	<b>55,5</b>	<b>92 729</b>	<b>175 526</b>	<b>82 797</b>	<b>89,3</b>
Gastgewerbe	8 268	9 696	1 428	17,3	30 799	43 556	12 757	41,4
Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)	191	341	150	78,5	1 178	4 827	3 649	309,8
Wäscherei, Körperpflege u. a.	3 977	4 168	191	4,8	15 947	16 942	995	6,2
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	442	829	387	87,6	5 593	21 391	15 798	282,5
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	1 208	2 866	1 658	137,3	4 203	11 138	6 935	165,0
Verlags-gewerbe	89	274	185	207,9	1 091	4 916	3 825	350,6
Gesundheits- und Veterinärwesen	3 557	5 578	2 021	56,8	13 840	29 861	16 021	115,8
Dienstleistungen für Unternehmen	3 019	7 614	4 595	152,2	15 784	34 487	18 703	118,5
Dienstleistungen, a. n. g.	947	2 380	1 433	151,3	4 294	8 408	4 114	95,8
<b>Organisationen ohne Erwerbszweck</b>	<b>1 778</b>	<b>3 091</b>	<b>1 313</b>	<b>73,8</b>	<b>17 260</b>	<b>39 983</b>	<b>22 723</b>	<b>131,7</b>
<b>Gebietskörperschaften, Sozialversicherung</b>	<b>4 051</b>	<b>4 893</b>	<b>842</b>	<b>20,8</b>	<b>124 836</b>	<b>170 898</b>	<b>46 062</b>	<b>36,9</b>
Gebietskörperschaften	3 750	4 506	756	20,2	118 240	158 554	40 314	34,1
Sozialversicherung, Arbeitsförderung	301	387	86	28,6	6 596	12 344	5 748	87,1
<b>Insgesamt</b>	<b>86 185</b>	<b>100 903</b>	<b>14 718</b>	<b>17,1</b>	<b>812 731</b>	<b>943 368</b>	<b>130 637</b>	<b>16,1</b>

## Arbeitsstätten und Beschäftigte am 25.5.1987 nach Wirtschaftsabteilungen



D 5793 Stat. LA S-H

Das Baugewerbe zählt zu den geschrumpften Wirtschaftsabteilungen. Gegenüber 1970 ist die Beschäftigtenzahl von damals 94 000 auf nunmehr 75 000 gesunken. Hierfür war unter anderem die Entwicklung im Wohnungsbau ausschlaggebend. Gemessen an der Zahl der Baugenehmigungen war die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen in den frühen 70er Jahren besonders hoch, so daß die Bauunternehmen viele Mitarbeiter beschäftigen konnten. 1973 kam es zu einer Abschwächung des Wohnungsbaus, der — unterbrochen von einer befristeten Belebung in den späten 70er Jahren — 1982 seinen absoluten Tiefstand seit 1950 hatte. Seitdem ist die Nachfrage nach neuen Wohngebäuden zwar wieder gestiegen. Sie konnte jedoch an das Niveau in den frühen 70er Jahren nicht wieder anknüpfen, so daß der Beschäftigtenstand 1987 hinter dem des Jahres 1970 deutlich zurückblieb. Im Bauhauptgewerbe ging die Beschäftigtenzahl um 21 000

zurück. Das Ausbaugewerbe hingegen konnte eine leichte Beschäftigtenzunahme von 1 600 auf gut 30 000 Beschäftigungsfälle verzeichnen.

Im verarbeitenden Gewerbe sank die Beschäftigtenzahl von 259 000 um 15 % auf 220 000. Zwar war 1987 in diesem Gewerbe nur knapp jeder vierte und nicht wie noch 1970 jeder dritte Beschäftigte tätig, ihre dominierende Stellung, gemessen an der Beschäftigtenzahl, konnte diese Wirtschaftsabteilung dennoch behaupten. Im wesentlichen ist der Beschäftigtenrückgang auf die Entwicklung in den Branchen Schiffbau (– 12 000), Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (– 14 000) sowie Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie (– 11 000) zurückzuführen. Diesen in Schleswig-Holstein geschrumpften Wirtschaftszweigen standen allerdings expandierende Branchen wie die chemische Industrie (+ 4 000 Beschäftigte) und die Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik (+ 8 000 Beschäftigte) gegenüber.

Zwischen 1970 und 1987 fanden Kapazitätsanpassungen statt, die lange Zeit großes Interesse in der breiten Öffentlichkeit fanden. Hierzu zählen etwa solche infolge der sogenannten Ölpreiskrisen sowie die Flaute im Schiffbau mit ihrer krisenhaften Zuspitzung in den frühen 80er Jahren, die zusammengenommen vor allem das verarbeitende Gewerbe in seiner Beschäftigtenentwicklung nachhaltig zurückwarfen. Dem standen jedoch beachtliche Beschäftigtenzuwächse in den Dienstleistungssektoren gegenüber, die allerdings weniger spektakulär von sich reden machten.

Eine enorme Beschäftigtenzunahme verzeichnete die Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen“. Im Vergleich zu 1970 ist die Zahl von 93 000 um 89 % auf knapp 176 000 angestiegen. Maßgeblichen Anteil daran hatten das Gastgewerbe (+ 13 000 Beschäftigte), das Gebäudereinigungs-, Abfallbeseitigungsgewerbe usw. (+ 16 000 Beschäftigte), das Gesundheits- und Veterinärwesen (+ 16 000 Beschäftigte) sowie weitere Dienstleistungsbranchen wie z. B. Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Marketing (+ 19 000 Beschäftigte).

Ein Plus von 20 000 war im Handel festzustellen, so daß dessen Gesamtbeschäftigtenzahl nunmehr 159 000 beträgt. Allein im Einzelhandel hatten 14 000 Menschen mehr als 1970 ihren Arbeitsplatz. Im Großhandel und in der Handelsvermittlung lagen die Zuwächse bei 4 000 bzw. 2 000 Beschäftigten.

In der Wirtschaftsabteilung Verkehr, Nachrichtenübermittlung, zu der u. a. die Arbeitsstätten der Deutschen Bundespost und -bahn gehören, hat sich die

Zahl der Beschäftigten um 10 % auf 55 000 erhöht. Die Deutsche Bundespost hat ihren Personalstand gegenüber 1970 um knapp 3 000 oder 15 % auf insgesamt 20 000 Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende erweitert und kam somit der gestiegenen Nachfrage nach Informations- und Kommunikationsleistungen entgegen.

Zu einer modernen Wirtschaft mit ihren vielfältigen monetären Verflechtungen und Aktivitäten gehört ein entsprechend hochentwickeltes Banken- und Versicherungsgewerbe. So erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in diesem Gewerbe von 20 000 auf 30 000.

Auch im staatlichen Sektor konnte ein beachtliches Beschäftigtenwachstum verzeichnet werden (+ 37 %). Von knapp 125 000 ist die Zahl der Bediensteten auf 171 000 angestiegen. Zu den Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften gehören auch die der Bundeswehr. In den Beschäftigtenzahlen sind jedoch lediglich die Zivilbediensteten der Bundeswehr enthalten. Soldaten waren bei den Arbeitsstättenzählungen nicht zu erfassen.

In den Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbszweck wurden zum Zählungsstichtag 40 000 Beschäftigte gezählt. Damit hat sich deren Zahl gegenüber der letzten Zählung von 17 000 um 23 000 erhöht und somit mehr als verdoppelt (+ 132 %).

Die Arbeitsstätten der Energie- und Wasserversorgung und des Bergbaus hatten gut 11 000 Beschäftigte. 1970 waren es nur etwa 8 000 gewesen. Der Zuwachs ist unter anderem auf den Ausbau der Kernenergiewirtschaft zurückzuführen.

Die Zahl der in der gewerblichen Landwirtschaft gut 7 000 registrierten Tätigkeitsfälle hat sich gegenüber 1970 kaum verändert (+ 1,5 %).

### **Insgesamt deutlich mehr Arbeitsstätten**

Am 25. 5. 1987 gab es in Schleswig-Holstein 101 000 Arbeitsstätten. 1970 waren es lediglich 86 000 gewesen. Damit hat sich deren Zahl um nahezu 15 000 oder 17 % erhöht. Da diese Entwicklung mit der Gesamtbeschäftigtenzunahme korrespondiert, ist es nicht verwunderlich, daß die Zahl der Beschäftigten je Arbeitsstätte gegenüber 1970 nahezu konstant geblieben ist. Damals wie 1987 arbeiteten durchschnittlich gut 9 Personen in einer Arbeitsstätte.

Starke Zunahmen an Arbeitsstätten sind vor allem in den Wirtschaftsabteilungen Organisationen ohne Erwerbszweck (+ 74 %), Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe (+ 71 %), Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen (+ 56 %) sowie Energie- und Wasserversorgung, Bergbau (+ 38 %) zu verzeichnen.

Trotz der stark rückläufigen Beschäftigtenzahl im Baugewerbe war in dieser Branche eine beachtliche Zunahme an Arbeitsstätten (+ 25 %) festzustellen. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Arbeitsstätte hat sich auf nunmehr 9 im Vergleich zu 14 Personen im Jahr 1970 verringert. Der Kleinbetrieb ist im Baugewerbe häufiger geworden.

Mit einem Zuwachs von reichlich 800 auf nunmehr 4 900 Arbeitsstätten (+ 21 %) haben die Gebietskörperschaften sowie die Sozialversicherungen ihre Dienststellenzahl in einem beachtenswerten Umfang erhöht. Diese Entwicklung kann zum Teil auch auf rein erhebungstechnische Unterschiede in den Zählungen von 1970 und 1987 zurückzuführen sein. So gab es Grenzfälle, in denen eine einheitliche Abgrenzung von Arbeitsstätten nicht immer möglich war und je nach Ermessen ein Behördenkomplex in eine mehr oder weniger große Anzahl von Arbeitsstätten aufgeteilt wurde. Als Beispiel dafür sei ein Universitätskomplex mit seinen diversen Instituten, Bibliotheken, Kliniken usw. genannt.

Die Zahl der Arbeitsstätten bei Bahn, Post und übrigen Verkehrsgewerbe ist mit gut 5 000 nur leicht gestiegen (+ 2 %).

In der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei war die Zahl der Arbeitsstätten um 8,7 % rückläufig.

Der höchste Rückgang gegenüber 1970 ist im verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. Von knapp 14 000 hat sich die Zahl auf etwa 12 000 Arbeitsstätten verringert. Im Hinblick auf eine relativ etwa gleich hohe Beschäftigteneinbuße läßt sich im Zählungsvergleich keine gravierende Veränderung in der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Arbeitsstätte erkennen. 1970 wie 1987 waren es zwischen 18 und 19 Personen.

### **Beachtlicher Anstieg der Teilzeitarbeit**

170 000 oder 18 % der insgesamt 943 400 Beschäftigten waren Teilzeitbeschäftigte. Gegenüber 1970 hat sich deren Zahl um 98 000 oder 136 % erhöht. Seinerzeit hatten nur 72 000 oder 9 % der Beschäftigten nicht die

## Teilzeitbeschäftigte am 25. 5. 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte insgesamt	Darunter Teilzeitbeschäftigte			
		Anzahl	Zunahme gegenüber 1970 in %	Anteil an allen Beschäftigten in %	darunter Frauen in %
Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7 298	963	64,9	13,2	54,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	11 333	668	48,3	5,9	86,1
Verarbeitendes Gewerbe	219 677	15 658	15,1	7,1	79,2
Baugewerbe	74 511	4 253	144,3	5,7	71,4
Handel	158 580	41 726	103,0	26,3	86,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	55 215	6 772	71,6	12,3	71,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	30 347	5 359	152,4	17,7	89,9
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	175 526	53 892	296,0	30,7	79,3
Organisationen ohne Erwerbszweck	39 983	12 834	240,0	32,1	87,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	170 898	27 827	138,9	16,3	88,3
<b>Insgesamt</b>	<b>943 368</b>	<b>169 952</b>	<b>136,5</b>	<b>18,0</b>	<b>82,8</b>

volle Zeit gearbeitet. Somit ist der Beschäftigtenzuwachs insgesamt im wesentlichen auf die Entwicklung im Teilzeitarbeitsbereich zurückzuführen. Die Zahl der besetzten Vollzeitarbeitsplätze ist lediglich um 4,3 % auf 773 000 gestiegen. Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit erwerbstätig waren.

Fast 54 000, also knapp ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten, waren in den Dienstleistungsarbeitsstätten von Unternehmen und freien Berufen tätig. 1970 waren es im Dienstleistungsgewerbe lediglich 13 600 gewesen. Die Zahl hat sich somit in etwa vervierfacht. Große Bedeutung hatte die Teilzeitarbeit vor allem beim Wirtschaftszweig Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung. Von den dort gut 21 000 Beschäftigten waren 14 600 oder knapp 70 % teilzeitbeschäftigt. Vor allem im Gebäudereinigungsgewerbe dürften eine Vielzahl der eingangs erwähnten Doppelbeschäftigungsfälle zu vermuten sein. 1987 wurden im Gastgewerbe 10 700, im Gesundheits- und Veterinärwesen 8 200 und in der Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung, Werbung 7 500 Teilzeitbeschäftigte registriert.

Auch im Handel spielt die geringere als die branchenüblich volle Arbeitszeit eine große Rolle. Allein im Einzelhandel hatte fast jeder dritte der 109 000 Beschäftigten einen Teilzeitarbeitsplatz. Im Großhandel betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten lediglich 14 % von 44 000.

Besonders häufig war die Teilzeitarbeit in den Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbszweck. Zwar sind dort lediglich 12 800 Teilzeitbeschäftigte gezählt

worden. Das sind, gemessen an allen Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung, allerdings 32 %.

Als ein offensiver Anbieter von Teilzeitarbeitsplätzen erwies sich auch der Staat. Mit fast 28 000 Halbtags- oder ähnlichen Arbeitsplätzen lag er an dritter Stelle der Wirtschaftsabteilungen. Jeder Sechste in den Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung war teilzeitbeschäftigt.

Im verarbeitenden Gewerbe war auch 1987 noch der Teilzeitarbeitsplatz von eher nachrangiger Bedeutung. Gegenüber 1970 ist die Zahl von 13 600 auf 15 700 gestiegen, also lediglich um 15 %. 1987 war jeder Vierte in den Betriebsstätten dieses Gewerbes teilzeitbeschäftigt.

Trotz einer überdurchschnittlichen Zuwachsrate der Teilzeitbeschäftigten im Baugewerbe ist ihre Zahl nach wie vor gering. Auch der Anteil an allen Beschäftigten war 1987 mit nur 5,7 % relativ klein.

Etwa 83 % der Teilzeitbeschäftigten waren 1987 wie auch schon 1970 Frauen. Die Entwicklung der Teilzeitarbeit ist somit eng mit der Beschäftigungssituation von Frauen verknüpft. Dieser Schluß läßt sich für nahezu alle Wirtschaftsbereiche ziehen. Eine Ausnahme bildete lediglich die gewerbliche Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei. Von den nicht ganz 1 000 Teilzeitkräften waren nur 55 % weiblichen Geschlechts. In allen anderen Wirtschaftsabteilungen betrug der Anteil über 70 %. Im nichterwerbswirtschaftlich orientierten Sektor sowie im Banken- und Versicherungsgewerbe waren nahezu 9 von 10 Teilzeitbeschäftigten Frauen.



## Die Beschäftigung von Frauen

Frauen spielen heute auf dem Arbeitsmarkt eine gewichtige Rolle. So waren von den 943 000 Beschäftigten am 25. 5. 1987 399 000 Frauen. Ihr Anteil betrug damit 42 %. 1970 war lediglich etwa jeder dritte Beschäftigte weiblichen Geschlechts gewesen.

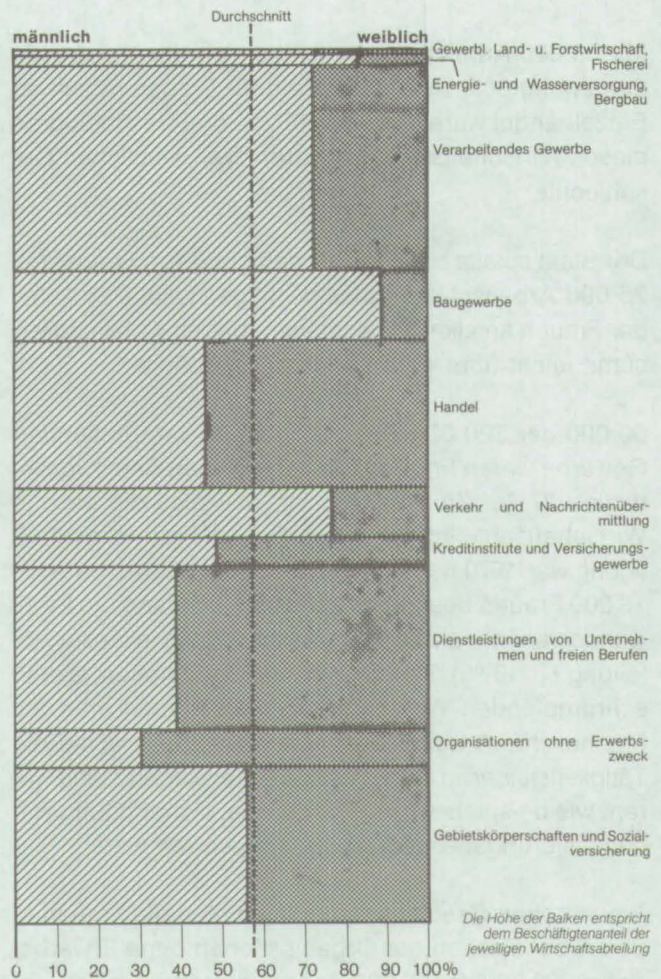
Auf die große Bedeutung des Teilzeitarbeitsmarktes für diese Entwicklung ist bereits hingewiesen worden. Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang durch einen etwas anderen Blickwinkel:

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten ist gegenüber 1970 um 37 % auf 399 000 gestiegen. Während bei den von einer Frau besetzten Vollzeitarbeitsplätzen nur ein Zuwachs von 27 000 oder 11,6 % auszumachen war, wuchs die Zahl weiblicher Teilzeitarbeitskräfte um 81 000 bzw. 135 % auf 141 000 an. Das Vordringen weiblicher Arbeitskräfte in das Erwerbsleben fand also überwiegend über Teilzeitarbeit statt.

Die Frauen verteilten sich recht unterschiedlich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Rund jede vierte Frau (108 000 von 399 000) war in der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen“ beschäftigt. Gegenüber 1970 betrug hier der Zuwachs 92 %, so daß der Frauenanteil an allen Beschäftigten bis auf 62 % angestiegen ist. Innerhalb der Abteilung traten vor allem das Wäscherei- und Körperpflegegewerbe, das Gebäudereinigungs- und Abfallbeseitigungsgewerbe, die Bewirtschaftung von Heimen

## Beschäftigte in den Arbeitsstätten 1987 nach Wirtschaftsabteilung und Geschlecht

D 5794 Stat. LA S-H



## Weibliche Beschäftigte am 25. 5. 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte insgesamt	Darunter weibliche Beschäftigte			
		Anzahl	Veränderung gegenüber 1970 in %	Anteil an allen Beschäftigten in %	darunter Teilzeitbeschäftigte in %
Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7 298	1 977	13,9	27,1	26,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	11 333	1 889	85,4	16,7	30,4
Verarbeitendes Gewerbe	219 677	60 221	20,6	27,4	20,6
Baugewerbe	74 511	8 601	40,4	11,5	35,3
Handel	158 580	86 379	19,6	54,5	41,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	55 215	13 085	61,0	23,7	36,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	30 347	15 516	61,6	51,1	31,1
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	175 526	108 329	91,6	61,7	39,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	39 983	27 808	139,6	69,5	40,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	170 898	75 252	55,2	44,0	32,7
<b>Insgesamt</b>	<b>943 368</b>	<b>399 057</b>	<b>37,0</b>	<b>42,3</b>	<b>35,3</b>

sowie das Gesundheits- und Veterinärwesen mit erwartungsgemäß hohen Frauenanteilen von 71 % bis zu 83 % in den Vordergrund.

Mit 86 000 Arbeitsplätzen erwies sich der Handel als das zweitgrößte Betätigungsfeld für Frauen. Allein im Einzelhandel waren es 70 000. Von drei Beschäftigten dieses Wirtschaftszweiges waren zwei weiblichen Geschlechts.

Der Staat spielte bei der Beschäftigung von Frauen mit 75 000 Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle. Der Anteil der Frauen an allen Staatsdienern betrug 44 % und lag somit leicht über dem Landesdurchschnitt.

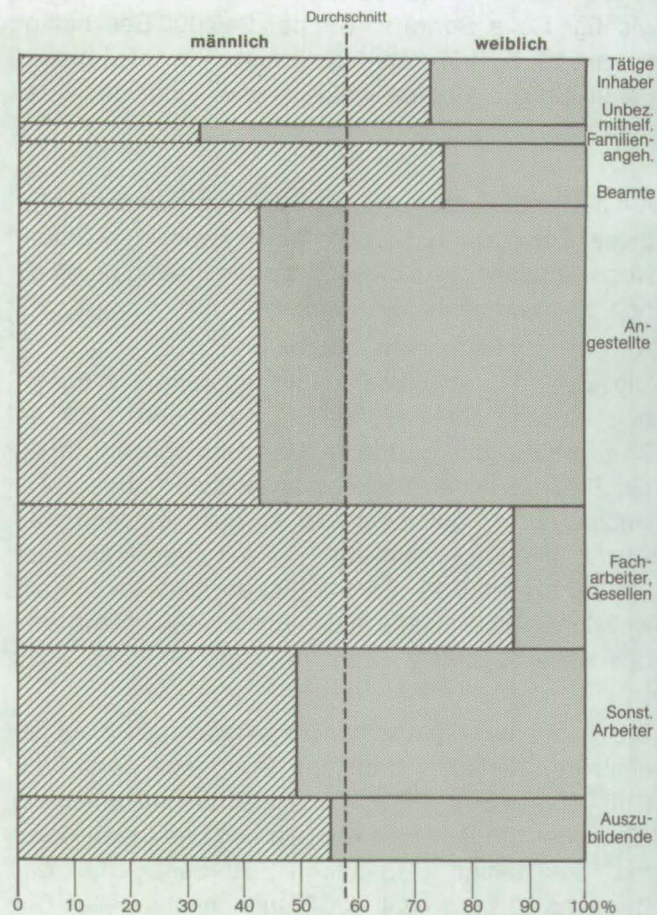
60 000 der 220 000 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe waren Frauen. Sie hatten einen Anteil von lediglich 27 %. Zu beachten ist, daß dies die einzige Wirtschaftsabteilung mit rückläufiger Frauenbeschäftigung war. 1970 hatte das verarbeitende Gewerbe noch 76 000 Frauen beschäftigt. Dieser Rückgang um 21 % war noch höher als der aller Beschäftigten in dieser Abteilung (- 15 %). Der Grund mag darin liegen, daß in schrumpfenden Wirtschaftszweigen Frauen eher als Männer ihre Arbeitsplätze verloren haben, wobei die Tätigkeitsfelder, in denen Frauen überwiegend tätig waren, wie beispielsweise Bürodienste, sicher häufig Rationalisierungsbestrebungen unterworfen waren.

Einen hohen Beschäftigtenanteil hatten die Frauen in den Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbszweck. 28 000 der 40 000 Beschäftigten waren Frauen. Das sind 70 %. Die mit Abstand geringste Frauenquote hatte mit 11,5 % das Baugewerbe.

### Die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb

Nach ihrer Stellung im Betrieb unterscheidet die Arbeitsstättenzählung zwischen tätigen Inhabern, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen und Arbeitnehmern, diese weiter nach Beamten, Angestellten, Arbeitern sowie Auszubildenden. Die tätigen Inhaber und die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen lassen sich zur Gruppe der unabhängig Beschäftigten oder der Unternehmer zusammenfassen. Die Arbeitnehmer hingegen bezeichnet man auch als abhängig Beschäftigte oder Nichtunternehmer. Mit steigender Unternehmensgröße werden allerdings typische Unternehmerfunktionen, vor allem die unternehmerischen Entscheidungen, mehr und mehr von Führungskräften wahrgenommen, die rein arbeitsrechtlich Angestellte sind. Statistisch gehören sie somit zu den Arbeitnehmern. Mithelfende Familienangehörige

### Beschäftigte am 25.5.1987 nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht



in einem arbeitsvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnis mit Entlohnung wurden ebenfalls als Arbeitnehmer registriert.

Von den 943 000 Beschäftigten, die am 25. 5. 1987 gezählt wurden, waren 844 000 Arbeitnehmer, 81 000 tätige Inhaber und 18 000 unbezahlt mithelfende Familienangehörige. Während die Inhaber- und die Arbeitnehmerzahl gegenüber 1970 um knapp 10 % bzw. 18 % angestiegen sind, waren es bei den unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen deutlich weniger (- 24 %) als 1970. Allein im Handel und im verarbeitenden Gewerbe wurden 3 300 und 1 800 Mithelfende aus der Familie weniger gezählt. Hierbei war sicherlich der Statuswechsel der vormals unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen zu den Arbeitnehmern von nicht unerheblicher Bedeutung. So bietet das vertraglich geregelte Arbeitsverhältnis dem Familienmitglied eine soziale Absicherung und der gesamten Familie Vorteile bei der Einkommensbesteuerung. Bereits im Arbeitsstättenzählungsvergleich 1961 und 1970

## Beschäftigte am 25. 5. 1987 nach der Stellung im Betrieb nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte insgesamt	tätige Inhaber	unbezahlt mithelfende Familienangehörige	zusammen	Davon Arbeitnehmer				
					Beamte	Ange-stellte	Fach-arbeiter, Gesellen	sonstige Arbeiter	Auszu-bildende
Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7 298	1 678	594	5 026	-	1 018	1 920	1 505	583
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	11 333	6	-	11 327	21	4 561	4 903	1 152	690
Verarbeitendes Gewerbe	219 677	10 127	2 004	207 546	-	63 022	69 503	54 665	20 356
Baugewerbe	74 511	7 498	1 433	65 580	-	11 789	37 035	7 617	9 139
Handel	158 580	21 883	5 074	131 623	-	85 113	12 849	20 633	13 028
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	55 215	3 467	803	50 945	15 658	11 183	11 014	10 481	2 609
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	30 347	2 865	421	27 061	262	22 115	271	1 856	2 557
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	175 526	33 475	7 577	134 474	35	59 881	15 405	44 958	14 195
Organisationen ohne Erwerbszweck	39 983	-	-	39 983	888	26 371	1 407	7 691	3 626
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	170 898	-	-	170 898	57 237	66 204	15 957	23 734	7 766
<b>Insgesamt</b>	<b>943 368</b>	<b>80 999</b>	<b>17 906</b>	<b>844 463</b>	<b>74 101</b>	<b>351 257</b>	<b>170 264</b>	<b>174 292</b>	<b>74 549</b>

war ein deutlicher Rückgang bei den mithelfenden Familienangehörigen insgesamt zu beobachten gewesen (- 39 %). Der Wirtschaftsbereich, in dem der mithelfende Familienangehörige auch heute noch von großer Bedeutung ist, ist die allgemeine Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei. Diese Betriebe gehörten jedoch nicht zum Erhebungsbereich der Arbeitsstättenzählung.

Recht unterschiedlich war die Entwicklung bei den tätigen Inhabern. Während in wachsenden Dienstleistungsbranchen wie dem Versicherungsvermittlungsgewerbe, dem Gesundheitswesen (Ärzte, Zahnärzte usw.) und der Rechts- und Steuerberatung, der Wirtschaftsprüfung, der technischen Beratung und Planung, der Werbung sowie sonstigen für Unternehmen tätigen Dienstleistungsgewerben deutlich mehr Inhaber in den Betrieben tätig waren, nahm deren Zahl vor allem in Teilen des verarbeitenden Gewerbes, im Groß- und im Einzelhandel während der Vergleichszeit ab. Der Zuwachs an tätigen Inhabern innerhalb der Versicherungsvermittlungsbranche betrug 1 500 (+ 142 %). Bei den Freiberuflern und für Unternehmen tätigen Dienstleistungsbranchen wurden zusammen 11 700 (+ 54 %) zusätzliche tätige Inhaber gezählt. Diese Ergebnisse korrespondieren mit den in den 17 Jahren beachtlich gestiegenen Arbeitsstätten- und Gesamtbeschäftigtenzahlen in diesen Branchen. Die Wirtschaftszweige innerhalb des verarbeitenden Gewerbes mit rückläufigen Zahlen tätiger Inhaber waren vor allem die ohnehin schrumpfenden Branchen wie das Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe (- 2 000 oder 55 %), das

Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe (- 900 oder - 40 %) und das Holzverarbeitungsgewerbe (- 900 oder - 48 %). Die Entwicklung der Zahl tätiger Inhaber hat vielschichtige Ursachen, die insbesondere in den Veränderungen der Größenstruktur, der Rechtsform und der Anzahl der Unternehmen und Arbeitsstätten zu finden sind.

Die Arbeitnehmerquote, das ist der Anteil der Arbeitnehmer an allen Beschäftigten, hatte 1970 bei 88 % gelegen. Bis 1987 hat sich das Gewicht dieser Gruppe um zwei Prozentpunkte geringfügig erhöht, so daß schließlich 9 von 10 Berufstätigen zu den abhängig Beschäftigten zählten. Dieser Anteil entspricht der Bundesquote (90,7 %).

An der insgesamt um 18 % gestiegenen Arbeitnehmerzahl (s. o.) partizipierten die verschiedenen Gruppen innerhalb der Arbeitnehmerschaft in unterschiedlicher Weise. Die Zahl der Beamten hat sich um 34 % auf 74 000 erhöht. Mit einem Zuwachs von über 50 % bzw. 118 000 auf 351 000 waren die Beschäftigten im Angestelltenverhältnis — hierzu zählen alle Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen — sowohl relativ als auch absolut am stärksten an der positiven Gesamtentwicklung der Arbeitnehmerzahl beteiligt. 1970 war bereits jeder dritte Arbeitnehmer ein Angestellter gewesen. Im Jahre 1987 waren es schließlich 42 %.

1970 hatten 55 000 Arbeitnehmer in einem Ausbildungsverhältnis im gewerblichen, kaufmännischen,

handwerklichen und technischen Bereich sowie im öffentlichen Dienst<sup>1</sup> gestanden. 1987 wurden 75 000 Auszubildende in den schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten gezählt. Auch diese Entwicklung liegt mit einem Plus von 37 % weit über dem Durchschnitt. Die erfreulich hohe Zahl der Ausbildungsplatzinhaber 1987 war mit einer für die jungen Leute insgesamt positiven Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt gekoppelt. Nach Informationen des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein-Hamburg war für 1987 erstmals wieder seit 1980 in Schleswig-Holstein ein Angebotsüberhang an Berufsausbildungsstellen gegenüber den Ausbildungsplatzbewerbern festzustellen. 1988 nahm das Überangebot noch weiter zu.

In wirtschaftlicher Gliederung bis zur Abteilungsebene waren bei den Auszubildenden (außer im Handel) und bei den Angestellten durchweg gestiegene Zahlen vorzufinden. Bei den Beamten zeigte sich ein etwas anderes Bild. In den Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften, der Sozialversicherungen sowie der Deutschen Bundespost ist die Zahl der Beamten zusammen um 21 000 kräftig angewachsen. Bei der Deutschen Bundesbahn, wo mehr als die Hälfte aller Bediensteten Beamte waren, hat zwischen 1970 und 1987 infolge umfangreicher Streckenstilllegungen und anderer Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt (– 3 700) und im besonderen bei der Beamtenschaft (– 2 300) ein beachtlicher Personalabbau stattgefunden. In den übrigen Wirtschaftsabteilungen waren die Beamten ihrer Zahl nach ohne bzw. von äußerst geringer Bedeutung. Die Zahl der Arbeiter war im Gegensatz zu der Entwicklung bei den übrigen Arbeitnehmergruppen rückläufig. 1987 wurden 28 000 Arbeiter weniger gezählt als 1970 (– 7,4 %). Das Schicksal der Arbeiter war eng mit der Beschäftigung im verarbeitenden und im Baugewerbe verbunden, wo die Arbeiterschaft eine große Rolle spielt. Beide Abteilungen mußten Beschäftigte einbüßen hinnehmen, wobei dem überproportionalen Rückgang der Arbeiterzahl ein Ansteigen der Angestelltenzahlen gegenübersteht. An Stelle von Arbeitern wurde häufig höherqualifiziertes Fachpersonal im Angestelltenverhältnis beschäftigt. Es dürften im Vergleichszeitraum aber auch viele Arbeiter ins Angestelltenverhältnis übernommen worden sein. In allen anderen Wirtschaftsabteilungen — außer in der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei — waren 1987 mehr Arbeiter beschäftigt als 1970.

Die Arbeiterschaft setzte sich 1987 aus 170 000 Facharbeitern und Gesellen und 174 000 sonstigen Arbeitern

1) ohne Beamte im Vorbereitungsdienst. Sie zählen zu den Beamten.

(ohne Heimarbeiter) zusammen. Gegenüber 1970 hat sich die Zahl der sonstigen Arbeiter um 12,1 % verringert. Bei den Facharbeitern und Gesellen belief sich der Rückgang nur auf 2,1 % oder 3 600 Fachkräfte.

### **Ausländische Arbeitnehmer**

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten ist gegenüber 1970 von 18 000 auf 22 000 angestiegen (+ 22 %). Die Ausländerquote — gemessen als Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer — lag bei 2,6 %. Im Vergleich zur letzten Zählung ist sie nahezu unverändert (1970: 2,5 %). Tätige Inhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienmitglieder wurden bei der Arbeitsstättenzählung nicht nach der Staatszugehörigkeit erfaßt, so daß hier auf eine gesonderte Darstellung verzichtet werden muß.

Gut die Hälfte der ausländischen Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden hatte ihren Arbeitsplatz in den Branchen des verarbeitenden Gewerbes. 1970 war die Konzentration auf diesen Wirtschaftsbereich noch stärker ausgeprägt gewesen. Damals hatten zwei von drei Ausländern dort gearbeitet.

In allen drei Wirtschaftsabteilungen des produzierenden Gewerbes und auch in der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist die Anzahl der Arbeitnehmer aus dem Ausland zurückgegangen, wobei der Rückgang im Baugewerbe mit – 29 % besonders deutlich ausfiel. Im Gegensatz dazu hat das ausländische Personal in den Arbeitsstätten des privaten und staatlichen Dienstleistungssektors zahlenmäßig zugenommen.

Ein Plus von 278 % war in der Abteilung „Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen“ auszumachen. Die Ausländerzahl ist von 1 300 auf 4 800 angestiegen. Allein im Gebäudereinigungsgewerbe wurden zwischen 1970 und 1987 per Saldo 1 500 ausländische Arbeitnehmer zusätzlich eingestellt. 1970 waren in diesem Gewerbe lediglich 66 Ausländer gewesen.

Der Anteil der Beschäftigten ausländischer Nationalität war im Banken- und Versicherungsgewerbe mit 0,2 % an der Gesamtbeschäftigung dieser Branchen 1987 wie 1970 nahezu bedeutungslos.

7 800 oder 36 % der Arbeitnehmer ausländischer Herkunft, waren weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil unter den Ausländern ist also geringer als der an allen Beschäftigten (42 %).

## Ausländische Arbeitnehmer am 25. 5. 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Arbeitnehmer insgesamt	Darunter ausländische Arbeitnehmer			
		Anzahl	Veränderung gegenüber 1970 in %	Anteil an allen Arbeitnehmern in %	darunter Frauen in %
Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 026	114	- 20,8	2,3	16,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	11 327	147	- 18,3	1,3	7,5
Verarbeitendes Gewerbe	207 546	11 646	- 8,5	5,6	27,2
Baugewerbe	65 580	1 016	- 28,6	1,5	4,6
Handel	131 623	1 528	176,8	1,2	38,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	50 945	906	5,3	1,8	22,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	27 061	73	135,5	0,3	61,6
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	134 474	4 823	278,0	3,6	54,9
Organisationen ohne Erwerbszweck	39 983	590	53,6	1,5	75,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	170 898	1 277	111,8	0,7	53,5
<b>Insgesamt</b>	<b>844 463</b>	<b>22 120</b>	<b>21,7</b>	<b>2,6</b>	<b>35,5</b>

## Veränderte Arbeitsstättengrößenstruktur

Die Größe eines Unternehmens, eines Betriebes, einer Arbeitsstätte oder — allgemeiner gefaßt — einer Wirtschaftseinheit läßt sich anhand verschiedener Kriterien festmachen. Häufig verwandte Größeneinteilungshilfen sind etwa der Umsatz oder der Bruttoproduktionswert in der Abrechnungsperiode und die Bilanzsumme. Eine weitere Größeneinteilung, die sich insbesondere bei der Arbeitsstättenzählung anbietet, ist die nach der Anzahl der tätigen Personen.

In sämtlichen Größenklassen unter 1 000 Beschäftigten ist die Zahl der Arbeitsstätten 1987 gegenüber 1970 angestiegen. Große Arbeitsstätten mit über 1 000 Beschäftigten hingegen sind seltener geworden im nördlichsten Bundesland. 1970 waren es noch 39 mit insgesamt 75 000 Beschäftigten gewesen. 1987 wurden lediglich 28 Arbeitsstätten in dieser Größenklasse gezählt mit zusammen 50 000 Berufstätigen.

In der Wirtschaftsabteilung „Energie- und Wasserversorgung, Bergbau“ ist eine gewisse Konzentration auf Arbeitsstätten zwischen 500 bis 999 Beschäftigten zu beobachten. Dort arbeitete 1987 gut jeder dritte der insgesamt 11 300 Berufstätigen.

Die Einbußen bei den Arbeitsstätten (- 14 %) und den Beschäftigten (- 15 %) im verarbeitenden Gewerbe verteilen sich relativ gleichmäßig auf nahezu alle Größenklassen. Mit je über 30 % war der Rückgang der Arbeitsstätten und Beschäftigten in der Betriebsgrößenklasse mit 1 000 und mehr Mitarbeitern besonders aus-

geprägt. 1970 waren 53 000 oder jeder fünfte Mitarbeiter des verarbeitenden Gewerbes in diesen großen Arbeitsstätten tätig gewesen, 1987 waren es nur noch knapp 16 %. In der Größenklasse 10 bis 19 Beschäftigte wurde dagegen eine Zuwachsrate von 19,7 % ermittelt (Beschäftigtenzuwachs: 19,6 %).

Zu den Arbeitsstätten des Baugewerbes gehören sämtliche Unternehmensniederlassungen mit Schwerpunkt in der Bauwirtschaft. Baustellen zählen nicht dazu. Die dort tätigen Personen wurden der zuständigen Niederlassung des Bauunternehmens zugeordnet. Die Größenstruktur der Betriebsstätten in diesem Gewerbe hatte sich 1987 gegenüber 1970 stark verändert. 1987 gab es nicht einmal halb so viele Arbeitsstätten mit 50 und mehr Beschäftigten wie bei der vorangegangenen Zählung. Waren 1970 mit 42 000 noch über 44 % der Beschäftigten in Betriebsstätten dieser Größenordnung tätig gewesen, so hat sich deren Anteil bis 1987 auf weniger als 24 % reduziert. Gleichzeitig hat sich der Bestand an kleinsten und kleinen Arbeitsstätten mit bis zu 19 Beschäftigten um fast 2 000 Einheiten auf 7 700 (+ 34 %) erhöht. Die Beschäftigtenzahl ist um 9 000 auf 40 000 gestiegen (+ 30 %). Das Baugewerbe war somit durch zwei gegenläufige Entwicklungen geprägt: Schrumpfenden Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen in den mittleren und oberen Größenklassen infolge eines enger gewordenen Marktes für Großbauaufträge stand eine große Zahl von Existenzneugründungen mit geringer Mitarbeiterzahl — insbesondere im Hoch-, Tief- und Spezialbau — gegenüber.

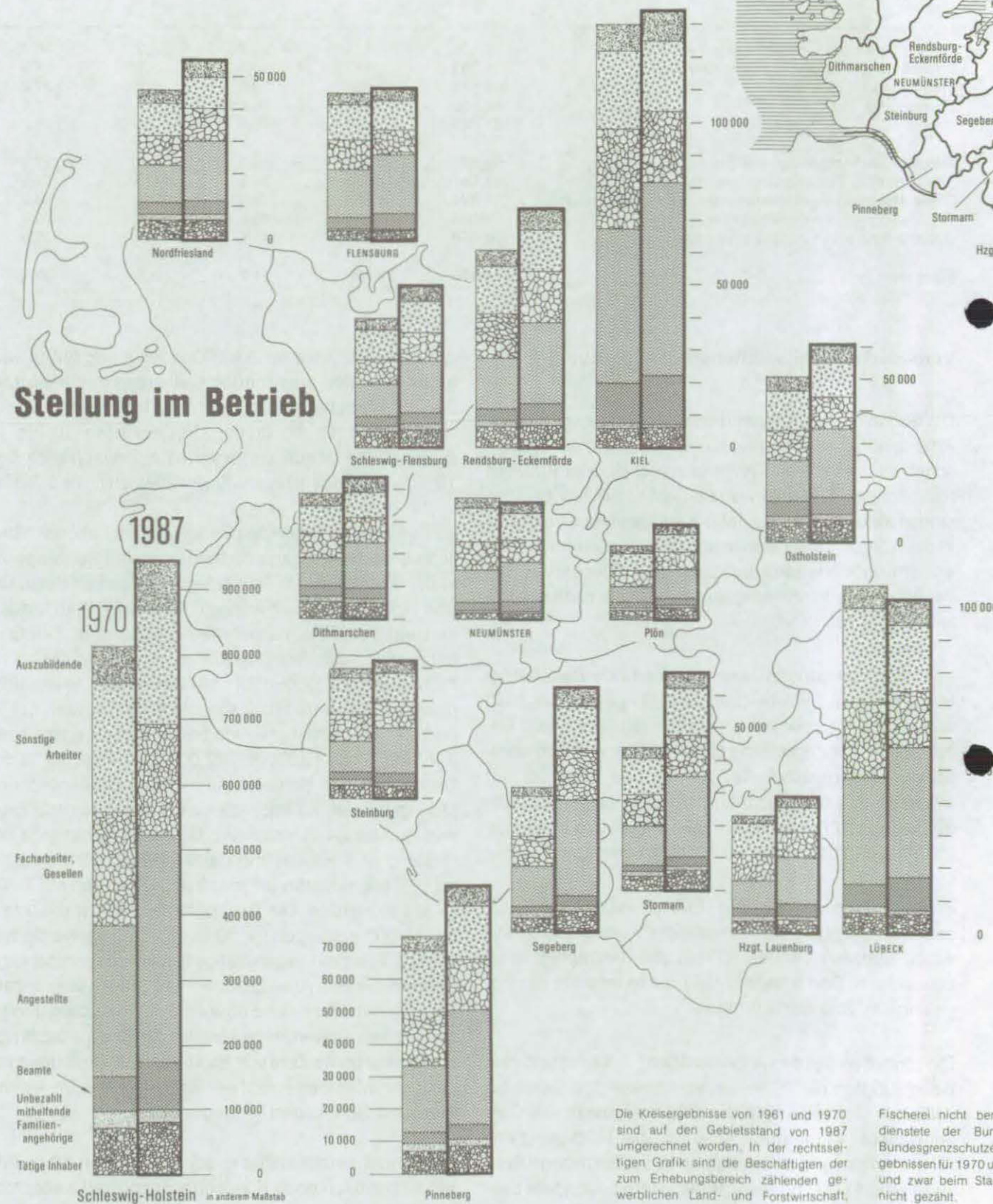
Im Handel setzte sich der seit den frühen 60er Jahren zu beobachtende Konzentrationsprozeß weiter fort.

# Beschäftigte in den Kreisen

Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählungen in Schleswig-Holstein

D 5790 Stat LA S-H

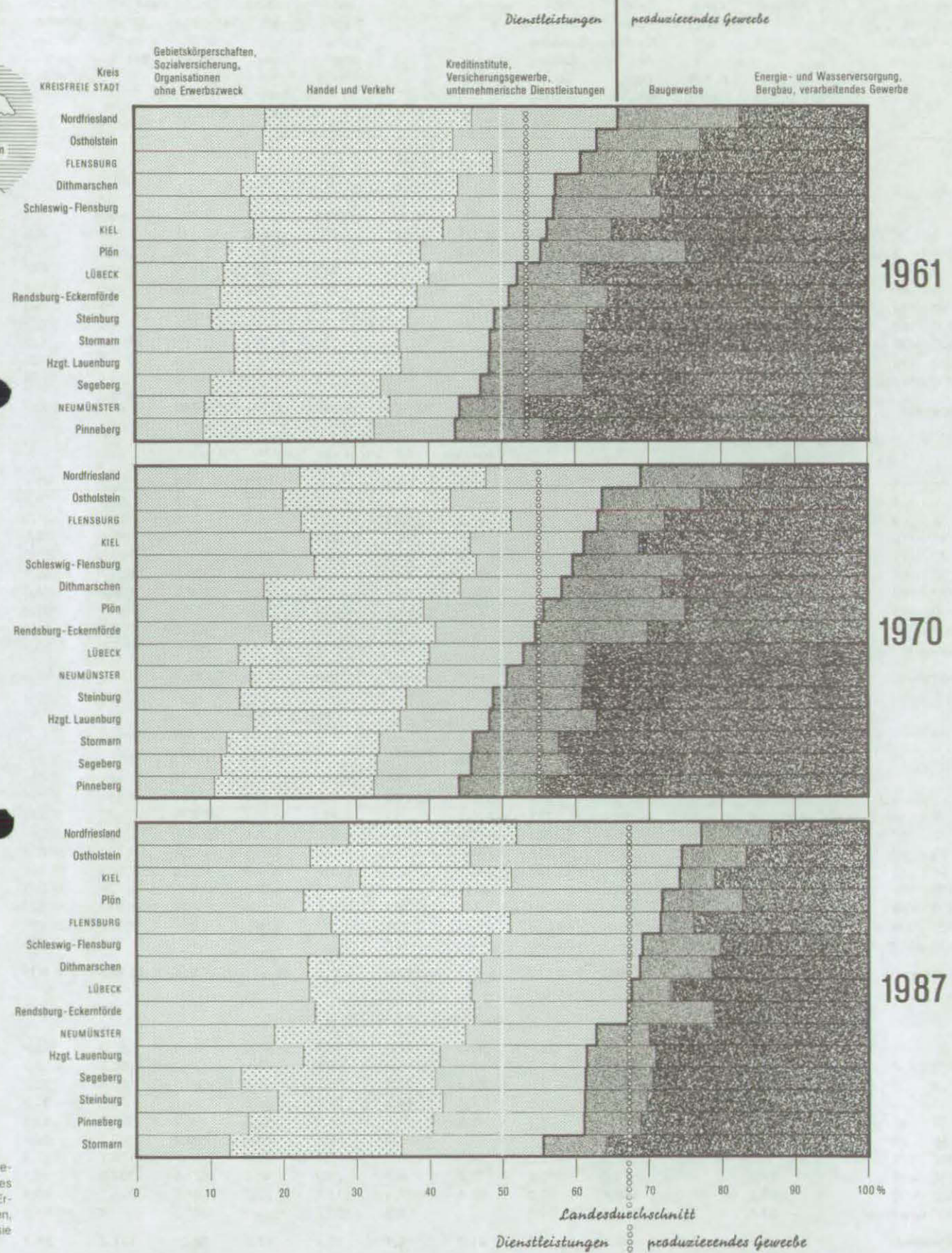
GRAFIK DES MONATS OKTOBER 1989



Die Kreisergebnisse von 1961 und 1970 sind auf den Gebietsstand von 1987 umgerechnet worden. In der rechtsseitigen Grafik sind die Beschäftigten der zum Erhebungsbereich zählenden gewerblichen Land- und Forstwirtschaft,

Fischerei nicht berücksichtigt. Zivilbedienstete der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sind in den Ergebnissen für 1970 und 1987 einbezogen, und zwar beim Staat. 1961 wurden sie nicht gezählt.

# Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe



## Arbeitsstätten und Beschäftigte am 25. 5. 1987 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsabteilungen

Beschäftigten- größenklasse von ... bis ... Beschäftigten	Ins- gesamt	Gewerbl. Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Energie- wirt- schaft, Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- bei- tendes Gewerbe (ohne Bau- gewerbe)	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Kredit- institute und Ver- siche- rungs- ge- werbe	Dienst- lei- stungen v. Unter- nehmen und Freien Berufen	Organi- sationen ohne Erwerbs- zweck	Gebiets- körper- schaften, Sozial- versi- cherung
Anzahl											
1	23 291	412	65	2 244	1 396	6 394	1 541	1 717	8 647	460	415
2 - 4	41 113	771	110	3 764	2 989	12 567	1 967	1 868	15 178	960	939
5 - 9	20 216	287	65	2 689	2 155	4 861	813	597	7 103	838	808
10 - 19	8 927	112	30	1 683	1 195	1 865	449	281	1 999	450	863
20 - 49	4 763	35	28	861	570	872	293	146	585	245	1 128
50 - 99	1 412	5	18	331	125	199	91	50	120	90	383
100 - 199	694	1	12	177	48	65	52	29	73	26	211
200 - 499	366	-	8	111	8	30	34	11	32	19	113
500 - 999	93	-	6	37	1	5	5	2	6	2	29
1 000 und mehr	28	-	-	18	-	1	1	-	3	1	4
<b>Insgesamt</b>	<b>100 903</b>	<b>1 623</b>	<b>342</b>	<b>11 915</b>	<b>8 487</b>	<b>26 859</b>	<b>5 246</b>	<b>4 701</b>	<b>33 746</b>	<b>3 091</b>	<b>4 893</b>
Veränderung zu 1970 in %											
1	6,0	3,5	140,7	- 25,7	40,3	- 26,0	- 14,7	63,8	64,8	50,3	- 13,4
2 - 4	11,4	- 26,3	35,8	- 21,6	52,8	- 5,3	- 1,0	101,3	35,9	49,1	- 9,1
5 - 9	37,9	- 19,1	66,7	- 8,4	25,2	25,3	38,0	64,5	84,1	98,6	21,3
10 - 19	37,1	80,6	0,0	19,7	8,0	38,8	30,9	26,0	92,4	93,1	19,2
20 - 49	26,0	52,2	- 24,3	- 7,6	- 9,5	24,9	16,3	24,8	105,3	100,8	65,2
50 - 99	15,8	- 16,7	0,0	- 2,9	- 51,0	39,2	8,3	28,2	96,7	164,7	60,9
100 - 199	8,8	0,0	50,0	- 21,0	- 54,7	- 3,0	- 3,7	61,1	170,4	136,4	73,0
200 - 499	15,5	-	33,3	- 14,0	- 73,3	11,1	47,8	37,5	357,1	280,0	37,8
500 - 999	16,3	- 100,0	500,0	- 17,8	- 66,7	0,0	25,0	100,0	500,0	100,0	61,1
1 000 und mehr	- 28,2	-	- 100,0	- 30,8	-	- 50,0	- 66,7	-	200,0	X	- 33,3
<b>Insgesamt</b>	<b>17,1</b>	<b>- 8,7</b>	<b>37,9</b>	<b>- 14,0</b>	<b>24,8</b>	<b>- 4,3</b>	<b>2,0</b>	<b>71,3</b>	<b>55,5</b>	<b>73,8</b>	<b>20,8</b>
Beschäftigte											
Anzahl											
1	23 291	412	65	2 244	1 396	6 394	1 541	1 717	8 647	460	415
2 - 4	111 983	2 089	328	10 635	8 480	33 370	5 322	4 817	41 364	2 837	2 741
5 - 9	130 286	1 851	390	17 737	14 246	31 212	5 271	3 781	44 825	5 547	5 426
10 - 19	118 574	1 467	410	22 522	15 870	24 743	5 928	3 781	25 626	6 023	12 204
20 - 49	141 817	1 006	907	25 918	16 949	25 361	9 008	4 156	16 884	7 302	34 326
50 - 99	97 000	362	1 228	22 787	8 602	13 493	6 319	3 483	8 256	6 015	26 455
100 - 199	96 117	111	1 766	24 499	6 418	9 126	7 354	4 003	10 281	3 306	29 253
200 - 499	111 399	-	2 263	35 014	1 925	8 400	9 924	3 129	10 609	5 812	34 323
500 - 999	62 964	-	3 976	24 023	625	3 738	3 293	1 480	4 237	1 422	20 170
1 000 und mehr	49 937	-	-	34 298	-	2 743	1 255	-	4 797	1 259	5 585
<b>Insgesamt</b>	<b>943 368</b>	<b>7 298</b>	<b>11 333</b>	<b>219 677</b>	<b>74 511</b>	<b>158 580</b>	<b>55 215</b>	<b>30 347</b>	<b>175 526</b>	<b>39 983</b>	<b>170 898</b>
Veränderung zu 1970 in %											
1	6,0	3,5	140,7	- 25,7	40,3	- 26,0	- 14,7	63,8	64,8	50,3	- 13,4
2 - 4	12,8	- 23,8	42,0	- 22,3	48,6	- 3,3	2,9	98,3	38,0	50,4	- 7,0
5 - 9	37,9	23,2	54,2	- 7,2	24,0	26,9	35,8	60,6	85,5	104,7	23,2
10 - 19	36,8	80,0	- 4,4	19,6	7,2	40,3	27,5	26,8	93,1	90,4	21,0
20 - 49	23,7	56,0	- 26,3	- 9,2	- 12,5	21,6	16,1	17,1	106,3	107,0	63,6
50 - 99	15,2	- 9,3	- 3,3	- 3,1	- 51,8	37,4	8,6	34,6	96,2	169,1	60,6
100 - 199	9,2	- 29,3	66,0	- 20,3	- 54,0	- 0,2	- 2,2	69,2	157,7	108,1	67,4
200 - 499	17,5	-	13,6	- 10,2	- 77,2	8,7	37,2	41,6	421,3	337,3	38,1
500 - 999	18,3	- 100,0	616,4	- 20,0	- 62,1	21,3	18,1	52,9	684,6	176,1	60,9
1 000 und mehr	- 33,8	-	- 100,0	- 34,8	-	4,9	- 62,7	-	332,9	X	- 61,8
<b>Insgesamt</b>	<b>16,1</b>	<b>1,5</b>	<b>39,1</b>	<b>- 15,2</b>	<b>- 21,0</b>	<b>14,4</b>	<b>10,4</b>	<b>48,1</b>	<b>89,3</b>	<b>131,7</b>	<b>36,9</b>

Von 8 600 Arbeitsstätten mit nur einem Beschäftigten im Jahre 1970 ging die Zahl auf 6 400 zurück (- 26 %). Vor allem bei den Einpersonen-Arbeitsstätten im Lebensmitteleinzelhandel war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der landläufig als „Sterben der Tante-Emma-Läden“ bezeichnet wird. 1970 hatte der Anteil der Arbeitsstätten mit bis zu vier Beschäftigten an allen Handelsbetrieben 78 % betragen. Bis 1987 ist dieser Anteil auf gut 70 % zurückgegangen. In der Größenklasse mit fünf und mehr Beschäftigten bis hin zu den Klassen der mittleren und Großbetriebe mit an die 500 Beschäftigten ist dagegen die Entwicklung der Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen expansiv gewesen (ausgenommen davon war die Größenklasse mit 100 bis 199 Beschäftigten). Gestiegen ist auch die Mitarbeiterzahl in den Größenklassen mit über 500 Beschäftigten. Bei insgesamt angewachsener Beschäftigtenzahl (+ 14,4 %) und rückläufigem Bestand an Ar-

beitsstätten (- 4,3 %) ist die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Arbeitsstätte im Handel von 5 auf 6 Personen angestiegen.

Die Wirtschaftsabteilungen „Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen“ sowie „Organisationen ohne Erwerbszweck“ hatten zwischen 1970 und 1987 von der Größenklassenstruktur her ähnliche Entwicklungen vorzuweisen. Beide Abteilungen zeichneten sich durch ein ausgeprägtes Arbeitsstätten- und Beschäftigtenwachstum in sämtlichen Größenklassen aus. Vor allem in den Klassen der mittleren Arbeitsstätten mit 20 und mehr Beschäftigten bis hin zu denen der großen Niederlassungen betragen die Zuwachsraten der Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen hundert und mehr Prozent.

*Reiner Meichsner*

Weitere Informationen zur Arbeitsstättenzählung sind den Heften 2/1988, 12/1988, 2/1989 sowie 7/1989 dieser Zeitschrift zu entnehmen. Darüber hinaus sind umfassende Ergebnisse in Form von Statistischen

Berichten verfügbar bzw. in Vorbereitung. Ausgewählte Gemeindeergebnisse zur Arbeitsstättenzählung sind auch auf Diskette und Magnetband erhältlich.

## Über die kompensatorischen Kosten des Sozialprodukts

### Was heißt „kompensatorisch“?

Wer sich als Lohnsteuerzahler mit seinem Finanzamt auseinanderzusetzen hat, möchte meistens mehr Werbungskosten geltend machen, als ihm zugestanden werden. Dabei geht es um die Frage, inwieweit denn das, was „verdient“ worden ist, im gleichen Zeitraum mit dem alleinigen Zweck wieder ausgegeben werden mußte, eben diesen Verdienst überhaupt erst zu ermöglichen. Die Steuergesetze gestehen dem Lohnsteuerzahler zu, daß sein Lohn oder sein Gehalt nur in der Saldierung mit den Werbungskosten als Einkommen zu sehen und zu besteuern ist.

Mit ähnlicher Optik wird häufig Kritik daran geübt, das Sozialprodukt als volkswirtschaftlichen Einkommensindikator zu verwenden und das wirtschaftliche Wachs-

tum auf die Stelle nach dem Komma genau als Gradmesser der ökonomischen Leistung oder gar des Wohlstandes zu feiern. Nur geht es nicht allein darum, ob denn die Aktentasche oder das Benzin für den Arbeitsweg eigentlich zurecht im Sozialprodukt enthalten sind. Die Diskussion ist vor allem dadurch entstanden, daß ökonomische Aktivität auch Folgekosten haben kann und diese Folgekosten dann, wenn sie nicht dem Güterproduzenten gewinnmindernd angelastet werden können, sondern vom Verbraucher oder von der Gemeinschaft zu tragen sind, zu Staats- oder privatem Verbrauch führen und damit rechnerisch zum Sozialprodukt zählen. Es enthalte, so das Argument, eine Menge Güter und Dienste, die nicht der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dienen, sondern Schäden vermeiden oder reparieren sollen, die durch ökonomische Aktivität erst entstanden sind. Diese Güter seien



nicht als Ergebnis, sondern als Vorprodukt des Wirtschaftens anzusehen, da sie lediglich Schäden kompensieren. „Das Wachstum des Bruttosozialprodukts profitiert zunehmend von den Schäden, Nachteilen und strukturellen Verschlechterungen, die es selbst produziert“, so Christian Leipert in der „Frankfurter Rundschau“ vom 7. 9. 1988.

Die hier gemeinten Güter und Dienste können Leistungen des Gesundheitswesens sein, wobei die zu reparierenden Schäden nicht nur in der Produktion, sondern — wie etwa im Falle von Alkoholabhängigkeit oder von schädlichen Nahrungsmitteln — auch in der Verwendung von Gütern ihre Ursache haben können. Vor allem aber werden Umweltreparaturen und erst recht die nicht reparierten, bleibenden Umweltschäden als im Zeitablauf mittlerweile bedeutsame Größe angesehen, die von dem, was wir Sozialprodukt nennen, als Kosten des Wirtschaftens eigentlich abzuziehen seien, wenn wir nicht über den Wertzuwachs der uns zur Verfügung stehenden Güter und Dienste einer Täuschung aufsitzen wollen. Eine solche Täuschung zu vermeiden, ist das Anliegen des Ansatzes kompensatorischer Kosten.

Bei dem, was danach kompensatorisch vom Sozialprodukt abzuziehen wäre, ist zu unterscheiden zwischen

- Gütern und Diensten, die als *Endprodukte* letzte Verwendung darstellen und wie die Hausmüllabfuhr (privater Verbrauch), die Rauchgasentschwefelungsanlage (unternehmerische Investition) oder die Gewässerreinigung (Staatsverbrauch) zur Abwendung oder Reparatur von Folgeschäden der Ökonomie unmittelbar nachgefragt werden,
- Gütern und Diensten, bei deren Herstellung auch Aufwendungen zur Vermeidung/Verhinderung von Folgekosten des Wirtschaftens entstehen, die qua Preisüberwälzung dem Verbraucher bzw. Investor angelastet werden (*Stückkosten*),
- Kosten des Wirtschaftens, die in keinem betrieblichen Rechnungswesen und auch nicht in staatlichen Haushalten auftauchen, weder aus Arbeit noch aus Kapitalverzehr bestehen, also auch nicht Sozialprodukt, sondern „*externe Effekte*“ sind (Werverzehr des Naturvermögens, Gesundheitsbeeinträchtigungen).

Auf die ersten beiden Kategorien wird noch gesondert eingegangen. Die dritte Kategorie ist zwar relativ leicht umschrieben, aber äußerst schwer quantifizierbar, zumindest in der Eindimensionalität einer monetären Größe. Es kann sogar als vermessen erachtet werden,

das Aussterben von Tierarten, den Verfall von Bausubstanz, den Verzehr an nicht nachwachsenden Rohstoffen oder das Ozonloch in Geldeswert beziffern zu wollen. Allemal verliefte man hier die vorwiegend ökonomische Betrachtung und wäre nahezu völlig auf die Bewertung durch die Naturwissenschaften angewiesen, die natürlich auch subjektiv geprägt und damit strittig sein kann. Verzichtete man auf die Geldesbewertung, bedürfte es eines anderen Meßsystems, in dem die zunächst heterogenen naturwissenschaftlichen Meßwerte homogenisiert und nach ihrer Bedeutung gewichtet werden (Indexsystem).

Das Thema hat auch den Deutschen Bundestag beschäftigt, dessen Ausschuß für Wirtschaft am 10. Mai 1989 in einer öffentlichen Anhörung die „Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland“ erörterte. In Schleswig-Holstein hat eine Arbeitsgruppe der SPD-Landtagsfraktion das Thema aufgegriffen und bereits mit dem Statistischen Landesamt erörtert. Sie erwägt, hier über eine parlamentarische Initiative eine Alternativrechnung des Sozialprodukts auf Landesebene in Gang zu setzen.

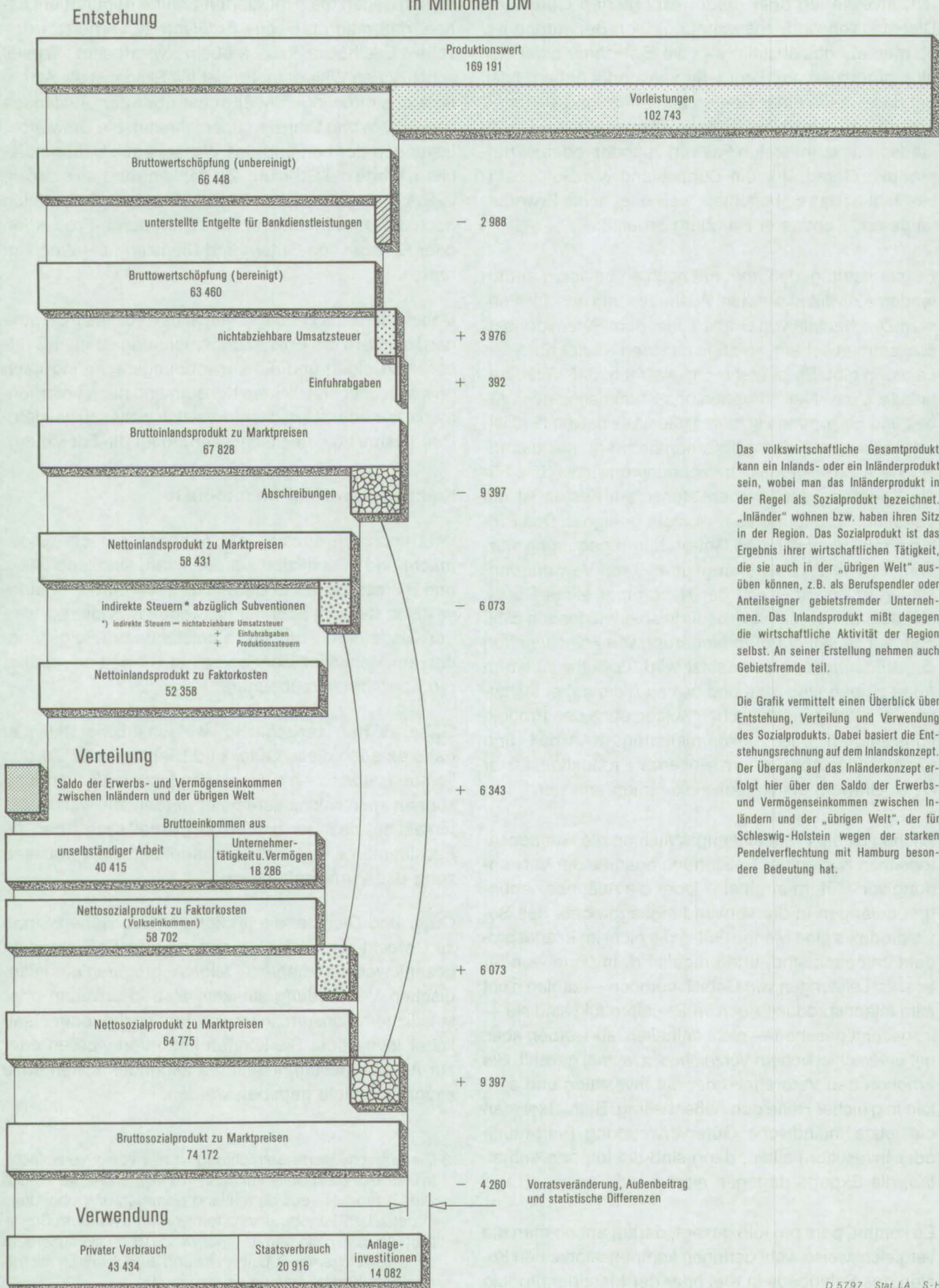
Die amtliche Statistik hat schon vor langem und immer wieder darauf hingewiesen, daß das Sozialprodukt als Wohlstandsindikator wenig geeignet sei und auch sonst viele Meßprobleme berge. Beispielhaft dafür sei der Beitrag von G. Hamer genannt, der den Titel „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Messung der Lebensqualität“ trägt und bereits 1974 in Heft 8 der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ erschienen ist.

Im folgenden soll lediglich angerissen werden, welche Fragen schon im Vorfeld zu klären sind, wenn man statistisch das nachweisen will, was man als kompensatorische Kosten oder — begriffliche Anleihe aus dem Steuerrecht — als Werbungskosten des Sozialprodukts oder als Folgekosten des Wirtschaftens bezeichnen kann.

### **Güterentstehung oder -verwendung?**

Wenn man „Sozialprodukt“ sagt, ist nicht immer exakt das gemeint, was in der Terminologie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darunter verstanden wird. Die Grafik schildert den definitorischen Zusammenhang. Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen kann auf dreierlei Weise ermittelt werden: Als Summe der erzeugten Güter und Dienste (Entstehungsrechnung), als Summe der dabei entstandenen Einkommen

## Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1986 in Millionen DM



Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann ein Inlands- oder ein Inländerprodukt sein, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. „Inländer“ wohnen bzw. haben ihren Sitz in der Region. Das Sozialprodukt ist das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, die sie auch in der „übrigen Welt“ ausüben können, z.B. als Berufspendler oder Anteilseigner gebietsfremder Unternehmen. Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität der Region selbst. An seiner Erstellung nehmen auch Gebietsfremde teil.

Die Grafik vermittelt einen Überblick über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Dabei basiert die Entstehungsrechnung auf dem Inlands-konzept. Der Übergang auf das Inländerkonzept erfolgt hier über den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der „übrigen Welt“, der für Schleswig-Holstein wegen der starken Pendelverflechtung mit Hamburg besondere Bedeutung hat.

(Verteilungsrechnung) oder als Summe der verbrauchten, investierten oder (netto) exportierten Güter und Dienste (Verwendungsrechnung). Von Bedeutung ist, ob man auf das abstellt, was die *Einwohner* einer Region produziert, verdient oder verwendet haben, oder auf das, was *in* einer Region an Gütern und Diensten erzeugt worden ist. Im letzten Fall spricht man von Inlandsprodukt, im ersten Fall von Inländer- oder Sozialprodukt. Gerade für ein Bundesland wie Schleswig-Holstein ist das zu beachten, weil jeder achte Erwerbstätige des Landes in Hamburg arbeitet.

Es ist unstrittig, daß man mit noch so unsinnig anmutenden Aktivitäten wie dem Ausheben und anschließendem Zuschaufeln von Gräben oder dem Pyramidenbau Einkommen schafft, solange es einen Käufer für diese Leistung gibt. Es ist erst recht unstrittig, daß Verkehrsunfälle, Umweltkatastrophen und Krankheiten auch Arbeit und Einkommen schaffen, die es selbstverständlich ebenfalls zu messen gilt. Schon deswegen ist die traditionelle Sozialproduktsberechnung unverzichtbar. Für die Erklärung der kompensatorischen Kosten ist die Verteilungsrechnung aber weniger geeignet. Das Problem muß wohl von den Gütern her angegangen werden, von ihrer Entstehung oder ihrer Verwendung. Häufig entscheidet erst der Nachfrager eines Gutes, ob es zu den unmittelbar bedürfnisbefriedigenden zählt oder zur Beseitigung/Verhinderung von Folgeschäden des Wirtschaftens eingesetzt wird. Gleichwohl ist im Auge zu behalten, daß und wie man die dabei festgemachten kompensatorischen Kosten auch den Produktionsfaktoren und Einkommensträgern Arbeit und Kapital oder aber einem weiteren Produktionsfaktor (z. B. Umwelt) als Negativeinkommen anlastet.

Wichtig ist die Fragestellung: Will man die kompensatorischen Kosten der Entstehung oder die der Verwendung von Gütern ermitteln? Über die Außenbeziehungen gelangen in die Verwendungsaggregate des Sozialprodukts eine Menge Güter, die nicht im Inlandsprodukt enthalten sind, und umgekehrt. Importe — oder besser: Leistungen von Gebietsfremden — zählen nicht zum Inlandsprodukt. Auch im Sozialprodukt sind sie — insgesamt gesehen — nicht enthalten, sie werden aber, mit unterschiedlichem Vorzeichen, zweimal gezählt: Sie erhöhen den Verbrauch oder die Investition und senken in gleicher Höhe den Außenbeitrag. Betrachtet man die letzte inländische Güterverwendung (Verbrauch oder Investition) allein, dann sind die Importe enthalten, die Exporte dagegen nicht.

Es kommt, *pars pro toto* gesagt, darauf an, ob man die vergleichsweise wohl geringen kompensatorischen Kosten des Schiffbaus in Kiel oder der Marzipanproduk-

tion in Lübeck meint oder diejenigen, die qua Austausch gegen die exportierten Schiffe dadurch entstehen, daß man arabische Erdölvorräte verheizt, tropische Edelhölzer zu Möbeln verarbeitet, zuviel schottischen Whisky trinkt oder als Skitourist die Alpenflora beeinträchtigt.<sup>1</sup> Aber außer über den Austausch von Gütern und Diensten überschreiten die Umweltbelastungen der Luft und des Wassers auch auf natürlichem Wege die Grenzen. Zu denken wäre also daran, in Rechnung zu stellen, inwieweit wir per Saldo auch noch die Umwelt unserer Nachbarn durch Produktion oder Konsum von Gütern und Diensten beeinträchtigt haben.

Dabei hat es mit Globalzahlen allein nicht sein Bewenden, sondern die Entstehungsrechnung ist nach Wirtschaftszweigen und die Verwendungsrechnung nach privatem oder staatlichem Konsum und nach unternehmerischer oder staatlicher Investition weiter zu gliedern. Das Thema böte reichlich Nahrung für die Forschung.

### Kompensatorische Endprodukte

Was noch am ehesten als kompensatorisch ausgemacht und quantifiziert werden kann, sind jene Güter und Dienste, die als Endprodukte in Verbrauch oder Investition stecken, aber nur deswegen nachgefragt werden, um einen ökonomisch entstandenen Folgeschaden am Menschen oder an seiner Umwelt zu reparieren oder ihm vorzubeugen.

Gäbe es nur „verträgliche“ wirtschaftliche Aktivität, gäbe es auch diese Güter und Dienste nicht. Zu den kompensatorischen Gütern der letzten Verwendung können auch solche gerechnet werden, die wie die Aktentasche, das Benzin für den Arbeitsweg oder die Fachliteratur als „input“ überhaupt erst die Voraussetzung des Wirtschaftens sind.

Güter und Dienste, die im kompensatorischen Sinne zu Unrecht als letzte Verwendung zum Sozialprodukt gezählt werden, können in allen Aggregaten der inländischen Verwendung stecken, also in privatem oder staatlichem Konsum, in unternehmerischer oder staatlicher Investition. Sie können importiert worden oder zur Ausfuhr bestimmt sein. Im folgenden sollen dazu einige Beispiele gegeben werden.

1) Die güterorientierte Betrachtung ist hier etwas vereinfacht: In Gänze sind die Güter nur dann Inlandsprodukt, wenn auch alle Vorprodukte aus dem Inland stammen und obendrein in derselben Periode erschaffen worden sind. Zum Sozialprodukt zählen sie ungeteilt nur dann, wenn sie außerdem ohne gebietsfremde Arbeitskräfte und ausschließlich mit heimischem Kapital erzeugt worden sind.

Zum privaten Verbrauch gehören die bereits genannten Werbungskosten der Arbeitnehmer, auch die Entsorgung von Hausmüll und häuslichen Abwässern und privater, d. h. nicht über die gesetzliche Krankenversicherung abgerechneter Medikamentenverbrauch. Leistungen der Entsorgung und des Gesundheitswesens wären natürlich nur soweit als kompensatorisch abzuziehen, wie sie nicht auf die bloße Existenz der Menschen, sondern auf Belastung durch Güterproduktion oder auf Benutzung unverträglicher oder belastender Güter zurückzuführen sind. Man denke an Verpackungsmüll, Waschmittelphosphate oder Streßerkrankungen. Auch die Amputation eines Raucherbeines wäre, streng genommen, Folge des Wirtschaftens, denn Tabakprodukte sind wirtschaftliche Güter.

Die Leistungen des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes stecken aber vor allem im Staatsverbrauch. Die Gesundheitsvorsorge, die stationäre und ambulante Behandlung und der Medikamentenverbrauch werden größtenteils von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen, die in der Gesamtrechnung dem Staat zugeordnet ist. Die Reparatur der Umwelt ist zu einem erheblichen Teil den Gebietskörperschaften angelastet. Nur über Abwasserabgaben oder Entgelte für die Müllabfuhr können sie Leistungen an private Haushalte oder Unternehmen „verkaufen“ und so Staatsverbrauch vermeiden.

Als Staatsverbrauch bucht die traditionelle Gesamtrechnung auch den Bildungsaufwand an Schulen und Hochschulen, obwohl hier der Nutzen direkt einzelnen Individuen zugute kommt. Aber auch wenn man dies als privaten Verbrauch oder — ebenfalls denkbar — als Investition in Humankapital rechnete, wäre es Sozialprodukt. Daß die Bildungsanstrengungen auch unternommen werden, um qualifizierten Nachwuchs an Arbeitskräften zu bilden, ist unstrittig. Folgt man der Philosophie unserer Einkommensbesteuerung, dann wäre der erwerbsorientierte Teil der vom Staat getragenen Bildung/Ausbildung als Werbungskosten des Wirtschaftens vom Staatsverbrauch und damit vom Sozialprodukt abzusetzen. Dies wäre dann eine sehr weite, aber denkbare Auslegung des Begriffs der kompensatorischen Kosten.

Güter der letzten Verwendung, die vom Sozialprodukt kompensatorisch in Abzug zu bringen wären, sind auch unternehmerische und staatliche Umweltschutzinvestitionen. Anteilig wären auch Investitionen in Sachanlagen des Gesundheitswesens einzubeziehen, soweit sie zur Beseitigung gesundheitlicher Folgeschä-

den des Wirtschaftens nötig sind. Bei den Investitionen wäre allerdings das Problem der Periodenabgrenzung zu nennen, auf das später gesondert eingegangen wird.

Eine Zuordnung der Güter und Dienste der letzten Verwendung zu einerseits solchen der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung und andererseits solchen, die lediglich Folgeschäden des Wirtschaftens beseitigen oder verhindern sollen, ist häufig nicht ohne gedankliche Teilung dieser Güter möglich: Auspuff oder Schalldämpfer einer Maschine z. B. müßte man als umweltschützende Teile einer Investition sehen. Diese Zuordnungen werden kaum ohne subjektive Wertungen auskommen können. Aber selbst dann wären sie auch von der Datenlage her schwierig. Zwar wird für viele Güter die Produktion wie auch die aus- und eingeführte Menge erhoben, aber die Verwendung eines Gutes ist häufig nicht produktvorgegeben. Ein Personenkraftwagen z. B. kann unter privatem Verbrauch, unternehmerischer oder staatlicher Investition zu rubrizieren sein; er kann auch exportiert werden, als Dienstfahrzeug sogar Umweltschutzinvestition sein. Ebenso wenig ist es von vornherein vorgegeben, ob ein Produkt überhaupt der Letztverwendung zugeht oder weiterverarbeitet wird. Landen Nägel und Schrauben beim Heimwerker, sind sie letzte Güterverwendung (privater Verbrauch), ansonsten Vorprodukte.

### **Kompensatorische Stückkosten**

Güter und Dienste der letzten Verwendung, die nicht in Gänze kompensatorisch vom Sozialprodukt abzuziehen wären, können doch zu einem Teil ihres Wertes kompensatorischer Natur sein, wenn nämlich zu ihrer Produktion Arbeit und/oder Kapitaleinsatz nötig war, um Folgekosten des Wirtschaftens zu verhindern oder zu reparieren. Die kompensatorischen Kosten dieser Güter und Dienste sind dann die (doppelzählungsfreie) Summe der entsprechenden Aufwendungen auf den verschiedenen Produktionsstufen. Der Begriff „Kosten“ paßt hier im Sinne des kompensatorischen Ansatzes ebenso wie in betriebswirtschaftlicher Sicht.

Die Vorstellung, daß der im Sinne des Konzepts der komparativen Kosten anzusetzende Wert eines Gutes um die Stückkosten für den Umweltschutz und andere kompensatorische Kosten zu vermindern sei, fällt schwer, wäre aber der Reduzierung des Sozialprodukts auf seine Güter und Dienste des unmittelbaren Konsums und der unmittelbar produktionsbezogenen Investition analog. Denkbar ist ein nachfrageorientierter Ansatz, bei dem je Endprodukt dessen kompensatori-

sche Kosten zu bestimmen wären. Es ist auch denkbar, diese Kosten beim Anbieter/Produzenten der Umweltschutzleistung zu messen. Dann benötigt man Informationen über die Lieferverflechtung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Steigen nun die kompensatorischen Kosten eines Produkts — etwa wegen höherer Umweltschutzaufwendungen — und mit ihnen auch sein Preis, dann steigt auch das traditionelle Sozialprodukt in jeweiligen Preisen, sofern nicht die nachgefragte Menge durch den höheren Produktpreis sinkt und sofern der höhere Umweltschutz von Inländern geleistet wird.

Im Konzept kompensatorischer Kosten wäre der höhere Aufwand sozialprodukt-irrelevant, denn er ist nur „internalisierte“ Schadensbegrenzung. Insoweit aber, als dadurch der Umweltverzehr als negativer externer Effekt abnimmt, verringern sich die kompensatorischen Kosten und steigt auch das „alternative“ Sozialprodukt.

Die Veränderungsrate des Sozialprodukts in *jeweiligen* Preisen ist aber nicht diejenige, die im Vordergrund der Betrachtung und der Kritik steht. Denn wirtschaftliches Wachstum<sup>2</sup> wird als preisbereinigte Veränderung gemessen, als Vorjahresvergleich des Inlands- oder Sozialprodukts in Preisen eines bestimmten Basisjahres. Ob sich die höheren Umweltschutzaufwendungen dann noch als ein — nach dem Konzept kompensatorischer Kosten ungerechtfertigtes — wirtschaftliches Wachstum niederschlagen, ist äußerst ungewiß und im Einzelfall statistisch nicht nachvollziehbar. Dazu spielen Preisüberwälzungen und Deflationierungsmethoden, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, eine zu große Rolle.

Für viele Güter wären die mit ihrer Produktion verbundenen kompensatorischen Aufwendungen schwer zu definieren: Wo ist die Trennlinie zwischen Güterherstellung und Umweltschutz? Sind von der Leistung eines Kfz-Mechanikers, der einen Ölwechsel ausführt, solche Handgriffe als sozialprodukt-irrelevant abzusetzen, die zur Altölsorgung nötig sind? Ist jeder Handschlag, der Umweltschäden vermeidet, in die kompensatorischen Kosten aufzunehmen? Sind anteilig auch Gemeinkosten anzusetzen?

2) Man mag einwenden, daß der — allen ökologischen Problemen des Wirtschaftens zum Trotz — ausgerechnet auch noch der Biologie entlehnte Begriff Wachstum suggeriere, daß es sich um einen natürlichen Vorgang handle und Minusveränderungen nahezu naturwidrig seien. Des Reizes dieser Vokabel wegen wird den Begriffen „ökologische Folgekosten“ oder „kompensatorische Kosten“ gern der Genitiv „des Wachstums“ beigelegt, obwohl man das gesamte Sozialprodukt meint.

## Marktpreis oder Nutzen?

Natürlich kann man schon die Konvention, die Güter und Dienste zu ihrem Marktpreis zu bewerten, in Frage stellen, zumal diese Konvention innerhalb der Gesamtrechnung nur eingeschränkt gilt: Zum einen gibt es nicht für alle Güter auch einen Marktpreis. Die Leistungen des Staates und der Organisationen ohne Erwerbszweck — also Kirchen, Verbände, Rotes Kreuz usw. — werden kostenseitig bewertet, ebenso selbsterstellte Anlagen, Lagerzugänge und Selbstverbrauch der Unternehmen. Zum anderen gibt es Marktpreise, die „administriert“ oder sonstwie monopolistisch bestimmt sind. Diesen Preisen muß man die Eigenschaft absprechen, sie seien consensualer Maßstab für den Wert eines Gutes.

Die traditionelle Bewertung könnte man außerdem in Frage stellen mit Argumenten etwa derart, daß man den Werbeaufwand für den Absatz von Produkten ins Kalkül ziehen solle oder daß man den Mietwert der Wohnungen in den Ballungszentren zu vermindern habe um das, was der Verknappung infolge ökonomischer Aktivität zuzuschreiben und damit als Folgekosten des Wirtschaftens anzusehen sei.

Selbstverständlich ist denkbar, daß die kompensatorischen Kosten eines Produkts höher sind als sein Preis, daß sein Schaden also seinen marktbewerteten Nutzen übertrifft. Denkbar ist im Extremfall auch ein nach Abzug kompensatorischer Kosten negatives Sozialprodukt, wie es 1986 — im Jahr der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl — für die Ukraine der Fall gewesen sein könnte.

Denkbar sind natürlich auch externe Effekte der Produktion von Gütern, die den Menschen oder der Umwelt sogar zugute kommen. So trägt ökonomische Aktivität sicherlich dazu bei, daß die Menschen gescheiter, daß sie durch den Warenaustausch mit ihrem Nachbarn weltoffener und möglicherweise auch friedfertiger werden. Durch die Leistungen der medizinischen Forschung — auch sie sind ja Sozialprodukt — und durch Innovationen, die die körperliche Beanspruchung der gewerblichen, bäuerlichen und häuslichen Arbeitskraft herabgesetzt haben, ist die Lebenserwartung und -qualität gestiegen.

Man denke auch an die Forst- und an die Landwirtschaft. Durch deren wirtschaftliche Tätigkeit „entstehen“ ja — bei aller Kritik an einzelnen Produktionsweisen — Tiere und Pflanzen. Man mag argumentieren, dem stünden das Jägerschnitzel, der Doppelkorn und das Vollkornbrot — hier sogar buchstäblich — als Verzehr

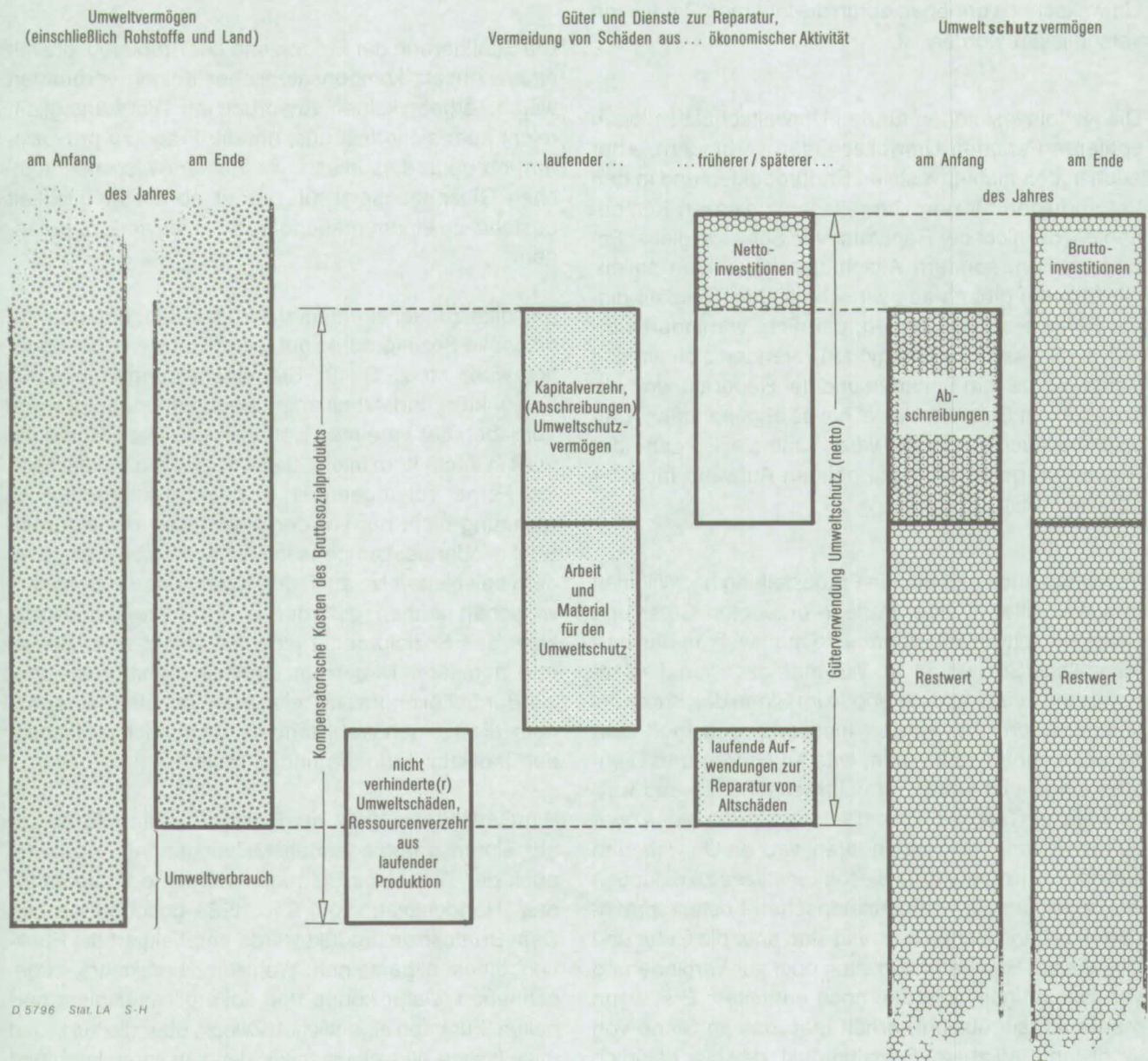
an Umwelt entgegen. Es läßt sich allemal trefflich streiten. Die Fragestellung hätte dann aber längst den Rahmen operationaler amtlicher Statistik gesprengt. Sie wäre eher philosophischer Natur.

### Laufende oder fremde Periode?

Das Sozialprodukt wird außer auf eine Region immer auch auf einen Zeitraum bezogen. Auch für die kompensatorischen Kosten wäre zu fordern, daß sie der Periode nach abgegrenzt werden. Die folgende modellhafte Skizze soll dies am Beispiel Umwelt verdeutlichen.

Dabei wird einmal unterstellt, daß die Monetarisierung der externen Effekte, die Bewertungsfrage tatsächlich gelöst sei. Die Umwelt wird als Vermögen gesehen, das durch die ökonomische Aktivität der Menschen ab-, aber auch zunehmen kann. Das Kapital (Sachanlagevermögen) wird gedanklich aufgeteilt in einen unmittelbar produktionsbezogenen und einen dem Umweltschutz dienenden Teil. Umwelt- und Umweltschutzvermögen werden in der Skizze nur in ihrer Veränderung, nicht in ihrem Gesamtwert betrachtet. Von den Gütern und Diensten des Sozialprodukts werden nur die für die Fragestellung relevanten dargestellt.

Die kompensatorischen Kosten durch Umweltschäden und deren Vermeidung/Reparatur



D 5796 Stat. LA S-H

Im Sozialprodukt eines Jahres steckt die „Güterverwendung Umweltschutz“ als Vor- oder als Endprodukt anteilig in Investitionen, staatlichem oder privatem Verbrauch oder auch in den ausgeführten Gütern. Auch der Wert der Importe enthält Äquivalente für Umweltschutz. Diese Güterverwendung ist die Summe aus Kapitalverzehr, Arbeit, Material (und sonstigen Vorleistungen) für den Umweltschutz, außerdem der Wert der für den Umweltschutz vorgesehenen neuen Sachanlagen (Investitionen). Im Bruttosozialprodukt sind sowohl der Kapitalverzehr der laufenden Periode als auch die Investitionen enthalten, deshalb „brutto“. Vermindert man die (Brutto-) Investitionen um den Betrag, der den Kapitalverzehr ersetzt, erhält man die Nettoinvestitionen, die natürlich — anders als in der Skizze — auch negativ sein können. Das Vermögen zum Schutze der Umwelt hat im Skizzenbeispiel zugenommen, weil mehr Umweltschutzinvestitionen getätigt wurden, als Umweltschutzvermögen durch die laufende Produktion verschlissen worden ist.

Die Nettoinvestitionen für den Umweltschutz sollen in späteren Perioden Umweltschäden verhindern. Aber auch in den nicht-investiven Endprodukten und in den Vorprodukten für den Umweltschutz stecken Komponenten, die nicht der Reparatur von Schäden dieser Periode gelten, sondern Altschäden beseitigen sollen. Gleichzeitig gibt es aus wirtschaftlicher Tätigkeit dieser Periode auch Schäden, die nicht verhindert worden sind. Das Umweltvermögen verändert sich um den Saldo aus neuem Schaden und der Reparatur von Altschäden, im Skizzenbeispiel hat es abgenommen (Umweltverbrauch). Dabei wird unterstellt, daß der Reparaturerefolg dem dazu nötigen Aufwand monetär äquivalent ist.

Es kommt auch hier auf die Fragestellung an: Will man den Wert aller in einer Periode erzeugten Güter und Dienste nachweisen, dann halte man sich an das herkömmliche Sozialprodukt. Will man dagegen die ökonomische Leistung der Periode im Sinne des Konzepts kompensatorischer Kosten messen, dann muß man herausrechnen zum einen, was an Gütern und Diensten eingesetzt wurde, um Umweltschäden aus wirtschaftlicher Tätigkeit dieser Periode zu vermeiden oder zu reparieren, und zum anderen, was an Umwelt- und Ressourcenverzehr trotz dieses Einsatzes zu beklagen ist. In der um die kompensatorischen Kosten verminderten ökonomischen Leistung sind aber die Güter und Dienste zur Reparatur von alten oder zur Verhinderung von zukünftigen Schäden noch enthalten. Erst wenn man auch sie abzieht, erhält man das im Sinne von Wohlstand „nutzbare“ Sozialprodukt, das hier natürlich

nur als modellhaftes Konstrukt gemeint ist. Die praktischen Probleme, es auch empirisch zu ermitteln, liegen auf der Hand.

Der Gedankenführung des Skizzenbeispiels zufolge zählten also der Bau von Kläranlagen für die Zukunft oder die Renaturierung von Böden oder Gewässern im Konzept kompensatorischer Kosten nicht zum „nutzbaren“ Sozialprodukt, obwohl sie ökonomische wie ökologische Leistungen darstellen. Die — umweltfreundliche — Produktion eines Videofilms mit fragwürdigem Inhalt würde dagegen ungeschmälert mitgezählt. Daß allein das Kriterium gelten solle, ob ein Gut folgekostenfrei der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung dient, mag wieder andere Kritiker auf den Plan rufen.

### Rechenbar oder nicht?

Die Schilderung der Fragen und der Probleme, die mit einem Ansatz kompensatorischer Kosten verbunden wären, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, reicht aber sicherlich aus, um die Frage zu provozieren, ob denn dies alles nur zu einem wissenschaftlichen Glasperlenspiel führe oder ob die Möglichkeit bestehe, zu einem brauchbaren Zahlenwerk zu gelangen.

Es sollte zunächst unterstrichen werden, daß das traditionelle Sozialprodukt auf jeden Fall weiterhin benötigt wird, so z. B. für Steuerschätzungen und für Konjunktur- und Arbeitsmarktbeobachtungen. Es gibt Vorgaben der Vereinten Nationen und der EG, die die VGR in ihrem Kern international vergleichbar halten sollen. Ferner sei angemerkt, daß die Sozialproduktsberechnung nicht nur vor den Problemen der externen Effekte oder der kompensatorischen Kosten steht, sondern beispielsweise auch durch das, was wir Schattenwirtschaft nennen, gefordert ist. Ein Allzweckindikator kann das Sozialprodukt jedenfalls nicht sein. Seiner rein monetären Dimension steht ein mehrdimensionales Bündel ökonomisch relevanter Tatbetände gegenüber, die in einen Wohlstands- oder ähnlich umfassenden Indikator Eingang finden müßten.

Ein Großteil der Kritik am Bruttosozialprodukt beruht auf einem grundlegenden Mißverständnis, so lautet auch der Titel eines Beitrages, den Otto Schlecht für das „Handelsblatt“ vom 9. 5. 1989 geschrieben hat. Dem Bruttosozialprodukt werde unreflektiert die Funktion eines allgemeinen Wohlstandsindikators zugeschrieben. Dafür könne und solle es aber nicht erhalten. Für ihren eigentlichen Zweck, über die kurz- und mittelfristige Wirtschaftsentwicklung zu informieren und

Basisdaten für Konjunkturanalysen und -prognosen sowie politische Entscheidungen bereitzustellen, habe sich die traditionelle Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vielfach bewährt, so Schlecht.

Aber auch wenn man daran denkt, ein „alternatives“ Sozialprodukt nicht *anstatt* des traditionellen zu rechnen, sondern als eine Parallelvariante, dann bedarf es zunächst der Präzisierung der Fragestellung. Amtliche Statistik im allgemeinen wie Sozialproduktsberechnung im besonderen sind nicht Selbstzweck, sondern sollen zu bestimmten, politikvorgegebenen Fragestellungen Informationen bereitstellen. Die Vorgabe dessen, was errechnet werden soll, kann sich nicht allein an einem theoretischen Konzept orientieren, sondern muß in Kenntnis der Mängel und Probleme der Datenverfügbarkeit erfolgen. Selbst wenn man daran ginge, die Datenbasis erheblich zu erweitern: Ein Rechenwerk, das ähnlich konsistent wie das der traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist, aber dem — ja noch zu präzisierenden — Konzept kompensatorischer Kosten folgt, dürfte in absehbarer Zeit methodologisch nur schwer auf die Beine zu stellen sein. Und ob dann seine Zahlen valide und brauchbar sind, steht auch noch dahin.

Gleichwohl gehen die Gedankenanstöße insofern in die richtige Richtung, als sie dazu beitragen, den Wachstumsraten ihre manchmal schon fetischhafte Überbedeutung zu nehmen. So wenig, wie das Sozialprodukt ein Indikator für Wohlstand oder Wohlfahrt sein kann, so wenig darf das Wirtschaftswachstum — gar noch auf die Stelle nach dem Komma genau — als Globalzahl des ökonomischen Fortschritts schlechthin mißbraucht werden. Otto Schlecht attestiert in seinem bereits genannten Beitrag den „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnern“, sie seien „selbst viel skeptischer als viele politische und publizistische Konsumenten ihrer Ergebnisse“.

Im übrigen sollte nicht vom Statistiker verlangt werden, ein präzises, objektivamtliches Bild von Sachverhalten wie den externen Effekten zu zeichnen, wenn nicht gleichzeitig die Politik diese negativen externen Effekte mit aller Kraft zu beseitigen trachtet. Man darf nicht erwarten, daß aller politischer Meinungsstreit um den richtigen Weg zur Lösung der ökologischen Probleme vor der Tür zu halten ist, wenn „nur“ die Methoden ihrer statistischen Beobachtung festzulegen sind.

Das Statistische Bundesamt befaßt sich — zusammen mit anderen internationalen Organisationen — schon seit langem mit dem dargestellten Themenkreis. Es hat Anfang 1988 zu diesem Arbeitsgebiet einen methodo-

logischen Schriftenband herausgegeben, in dem sehr konkret auch Lösungsansätze erörtert werden.<sup>3</sup> Haslinger beschreibt in seinem Beitrag<sup>4</sup> kurz die beiden wichtigsten bisher entwickelten Lösungsansätze, nämlich zum einen die Ausweitung des Vermögenskonzepts (z. B. Einbeziehung des natürlichen und soziokulturellen Vermögens) und zum anderen ein — allerdings erst noch festzulegendes — System von sozialen Indikatoren, in dem volkswirtschaftliche Daten nur gleichgeordnet mit anderen, auch nichtmonetären Größen Eingang finden sollten. Er begründet, warum diese Ansätze nicht weiter verfolgt werden: „Ein Datensystem, das dem anspruchsvollen Ziel der umfassenden Information über gesellschaftliche Zustände und ihre Veränderungen dienen soll, bedürfte eines ... globalen theoretischen Fundaments. Aber weder die Kenntnis von Statistikern noch von Substanzwissenschaftlern (wie Pädagogen, Ärzten, Ökonomen etc.) dürfte für die Erarbeitung eines solchen Fundaments ausreichen, so daß man geneigt ist, ein derartiges Unterfangen als utopisch abzutun.“ Die Bewertungsprobleme seien unüberwindlich, es stünden auch schwere Abgrenzungsprobleme entgegen.

Dies sei, so Haslinger weiter, ausschlaggebend gewesen für die „Entwicklung von Alternativen, die sich von ihrem Anspruch her zwar bescheidener ausnehmen, deren Realisierung und Umsetzung darum aber auch um so erfolgversprechender erscheint, nämlich die Entwicklung sogenannter Satellitensysteme. ... Ein Satellitensystem läßt sich allgemein etwa wie folgt charakterisieren: ... Ein in regelmäßigen Abständen auszuweisendes, konsistentes System monetärer und nichtmonetärer Meßgrößen, die hinlänglich genau, detailliert und umfassend Vorgänge und Zustände bzw. Zustandsänderungen nachweisen sollen, die in einem Sinnbezug bzw. Zusammenhang zu einem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen stehen. Die monetären Meßgrößen sollen mit dem Zentralsystem der VGR 'verknüpft' sein.“

Man hat sich also dafür entschieden, das bisherige System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen unangestastet zu lassen, aber bestimmte Themenkomplexe wie Umwelt, Gesundheitswesen oder Tourismus näher aus-

3) Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Band 6 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart, Mainz, 1988

4) Haslinger, Franz, Satellitensysteme: Eine Erweiterung des Anwendungsbereiches Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: siehe Fußnote 3



zuleuchten. Eine zur gerafften Information gut geeignete Darstellung der geplanten „umweltökonomischen Gesamtrechnung“ bietet das Statistische Bundesamt in der Ausgabe Juni 1989 seiner periodischen Broschüre „Zahlen, Fakten, Trends“.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die für die Bundesländer durchgeführt werden, sind bei weitem nicht so detailliert wie die Bundesrechnung. Der Hauptgrund ist der, daß der Austausch von Gütern und Diensten mit dem „Ausland“ eine umso größere Rolle spielt, je kleiner die Region ist. Gerade aber der Warenaustausch zwischen den Bundesländern unterliegt keiner statistischen Erfassung. Ihn zu messen wäre wohl auch ein hoffnungsloses Unterfangen. In der Aufgliederung des Sozialprodukts für die Bundesländer wird deshalb ein Auslandssaldo nicht ausgewiesen. Die ökonomischen Beziehungen zwischen Teilregionen zu messen stößt schon wegen der multiregional tätigen Unternehmen auf erhebliche Probleme, weil unternehmensinterne Leistungstransfers der Statistik kaum

zugänglich sind. Input-output-Rechnungen, die die Lieferverflechtungen zwischen den Wirtschaftssubjekten zum Inhalt haben, sollen zu den Satellitensystemen des Statistischen Bundesamtes einen gewichtigen Beitrag leisten. Für die meisten Bundesländer gibt es sie nicht, nur Baden-Württemberg hat hier Berechnungen vorgelegt.

Die Schwierigkeiten, die es in der Berechnung für Bundesländer gibt, liegen schon im Nachweis der wichtigsten traditionellen Größen. Der „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, der seine Ergebnisse arbeitsteilig, methodisch einheitlich und abgestimmt auf die Bundesberechnung erstellt, wird mit Interesse verfolgt, welche Erfahrungen das Statistische Bundesamt mit den Satellitensystemen macht. Eine Übernahme dieser Arbeiten in die Länderrechnung stieße aber zur Zeit noch auf zu große Probleme, kann allenfalls langfristig ins Auge gefaßt werden.

*Bernd Struck*

## Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl      s = geschätzte Zahl  
r = berichtigte Zahl      D = Durchschnitt  
Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:  
0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts  
- = nichts vorhanden  
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten  
/ = Zahlenwert nicht sicher genug  
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll  
... = Angabe fällt später an

# Aus unserem Archiv

## Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit

Erfragt wurde immer die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, nicht die innere Überzeugung. Es wurde versucht, die Ergebnisse der früheren Volkszählungen auf die Religionsstatistik 1961 umzurechnen. Ein genauer Vergleich der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung wird durch häufige Änderungen in den Systematiken der Religionsbenennungen und teilweise unzureichend aufgegliederte Veröffentlichungen erschwert. Störend wirkt sich hier vor allem das ver-

mehrte Auftreten von Sekten, der Dissidenten und Weltanschauungsgemeinschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts aus. Ihre Bezeichnungen und Zuordnung wechseln oft. 1910 wurde z. B. zwischen christlichen Dissidenten, Dissidenten und freien Dissidenten unterschieden. Zu beachten ist schließlich, daß bei den Zahlen bis 1910 - durch das damalige Zählungsprinzip der ortsanwesenden Bevölkerung - Zufälligkeiten bei kleinen Gruppen auftreten können.

Stand	Bevölkerung insgesamt	Christen			Israeliten	Angehörige anderer Religionen	Frei-religiöse und Gemein-schaftslose <sup>3)</sup>	Unbestimmt und ohne Angabe	Anteil der	
		evangelische <sup>1)</sup>	römisch-katholische	sonstige <sup>2)</sup>					evang. Christen in %	röm.-kath. in %
Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg										
1. 2. 1840	848 961	843 619	1 368	4	3 970	-	-	-	99,4	0,2
1. 2. 1845	888 750	883 298	1 453	2	3 997	-	-	-	99,4	0,2
1. 2. 1855	968 863	962 849	1 885	7	4 120	1	-	1	99,4	0,2
1. 2. 1860	1 004 473	998 527	1 947	21	3 963	-	-	15	99,4	0,2
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920										
3. 12. 1867	1 031 696	1 021 255	6 353	(666 <sup>a</sup> )	3 419	3	-	-	99,0	0,6
1. 12. 1880	1 127 149	1 112 604	8 897	113	3 522	26	228	1 759	98,7	0,8
1. 12. 1885	1 150 306	1 133 613	12 197	250	3 544	4	271	427	98,5	1,1
1. 12. 1890	1 219 523	1 192 861	21 794	425	3 571	42	353	477	97,8	1,8
2. 12. 1895	1 286 416	1 256 936	24 113	702	3 702	8	404	551	97,7	1,9
1. 12. 1900	1 387 968	1 351 737	30 424	1 169	3 486	358	419	375	97,4	2,2
1. 12. 1905	1 504 248	1 456 652	41 017	1 977	3 270	46	941	345	96,8	2,7
1. 12. 1910	1 621 004	1 557 304	53 513	1 598	3 343	15	4 882	349	96,1	3,3
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936										
16. 6. 1925	1 519 365	1 428 054	41 349	4 291	4 152	46	32 778	8 695	94,0	2,7
16. 6. 1933	1 589 664	(1 459 722)	47 526	(309)	3 117	78 679 <sup>b</sup>	36	311	(91,8)	3,0
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937										
17. 5. 1939	1 589 267	1 418 079	68 311	4 237	596	97 027 <sup>c</sup>	1	1 017	89,0	4,3
29. 10. 1946	2 575 204	2 266 550	171 253	.	485	(136 916)	1	88,0	6,7	
13. 9. 1950	2 594 648	(2 282 532)	154 857	(1 716)	193	41	141 666	13 641	(88,0)	6,0
6. 6. 1961	2 317 441	2 042 921	128 888	18 406	126	511	99 756	26 833	88,2	5,6

1) Angehörige der evang. Landes- und Freikirchen, der evang.-reform. Kirchen und der evang. Brüder-Unität (1933 und 1950 auch einschl. "Angehörige christl. Sondergemeinschaften") 2) Altkatholiken, Ostkirchen und Angehörige christl. orientierter Sondergemeinschaften (1933, 1946 und 1950 ohne christl. orientierte Sondergemeinschaften; diese sind 1933 und 1950 in der Zahl der "evang. Christen", 1946 in der Zahl der "Freireligiösen" enthalten) 3) Freireligiöse, Freidenker, Angeh. völkischer, philosophischer und anderer Weltanschauungsgemeinschaften, Atheisten, Dissidenten und sonstige Konfessions- oder Religionslose a) einschl. Freireligiöse u. Dissidenten b) dar. 76 117 Gemeinschaftslose c) dar. 66 656 Gottgläubige u. 25 772 Glaubenslose

QUELLEN: 1840 und 1845: Statist. Tabellenwerk, 1. und 2. Heft (Kopenhagen 1842 und 1846) 1925 bis 1939: Statist. Reichsamt, Str. d. Dr. Reichs, Bd. 401, 451, 553  
1855 und 1860: Statist. Tabelvaerk (Kopenhagen 1857 und 1863) 1946 und 1950: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein  
1867 bis 1910: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 16, 66, 96, 121, 148, 177, 206, 234

## Bevölkerung nach der Muttersprache

Muttersprache	Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920						Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936	
	1. 12. 1890		1. 12. 1900		1. 12. 1905		16. 6. 1925	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bevölkerung insgesamt	1 219 523	100	1 387 968	100	1 504 248	100	1 519 365	100
davon gaben als Muttersprache an deutsch allein	1 051 237	86,2	1 221 142	88,0	1 336 069	88,8	1 497 434	98,6
deutsch und eine fremde Sprache	3 148	0,3	4 686	0,3	3 477	0,2	6 552	0,4
darunter deutsch und friesisch	390	0,0	362	0,0	462	0,0	.	.
deutsch und dänisch	2 033	0,2	2 860	0,2	1 756	0,1	2 252	0,1
eine fremde (nichtdeutsche) Sprache	165 138	13,5	162 140	11,7	164 702	10,9	15 379	1,0
darunter friesisch	19 690	1,6	19 650	1,4	17 846	1,2	.	.
dänisch	135 132	11,1	132 217	9,5	134 185	8,9	4 868	0,3
schwedisch	3 816	0,3	2 773	0,2	2 692	0,2	384	0,0
polnisch	4 058	0,3	4 236	0,3	6 016	0,4	1 112	0,1

29. 10. 1946: Von 2 575 204 Einwohnern gaben 2 557 345 (= 99,3 %) allein deutsch, 9 648 (= 0,4 %) allein dänisch, 2 484 (= 0,1 %) russisch und 1 701 (= 0,1 %) polnisch als Muttersprache an. Am 13. 9. 1950 gaben 18 642 Einwohner (= 0,7 %) eine nichtdeutsche Muttersprache an

QUELLEN: 1890 und 1905: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 121, 206 1900 und 1925: Kaiserl. Statist. Amt (Statist. Reichsamt), Str. d. Dr. Reichs, Bd. 150, 401 1946 und 1950: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

## Analphabeten

### a) Provinz Schleswig-Holstein (ohne Lauenburg), 1. 12. 1871

	männlich	weiblich
Personen im Alter von 10 und mehr Jahren	376 646	384 253
darunter		
konnten nicht lesen und schreiben	11 382	19 408
Les- und Schreibfähigkeit zweifelhaft	2 915	3 712

QUELLE: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 30 siehe ferner: Preußische Statistik, Heft 86 (enthält auch Angaben über Analphabeten unter den Rekruten 1867 bis 1884)

### b) Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920

Von den Neuvermählten vermochten ihre Heiratsurkunde nicht durch ihre Unterschrift zu vollziehen:

Jahr	Männer	Frauen	Jahr	Männer	Frauen
1882	38	104	1887	38	96
1883	36	117	1888	33	91
1884	36	121	1889	32	89
1885	50	117	1890	39	87
1886	31	121	1891	30	77

QUELLE: Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Bureau's 1893

## Ausländer

In dieser Übersicht sind nur die Ausländer enthalten, die eine bestimmte fremde Staatsangehörigkeit besitzen. Es fehlen also die nach dem 1. Weltkrieg vermehrt auftretenden Staatenlosen (1925 = 572; 1933 = 1 841; 1939 = 2 206; 1950 = 2 690; 1961 = 2 245), desgleichen die Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht ermittelt werden konnte.

Zu beachten ist der Unterschied zwischen dem Erfassungsprinzip der Bevölkerung: bis 1910 ortsanwesende Bevölkerung - ab 1925 Wohnbevölkerung. Bis 1910 wurden auch die nur vorübergehend anwesenden Ausländer (Hafenstädte, Kurorte, Grenzorte!) mitgezählt.

Stand	Ausländer			darunter waren staatsangehörig in							
	männlich	weiblich	insgesamt	Dänemark	Schweden	Öster-reich-Ungar. Monarchie	Groß-britannien und (Nord-) Irland	Nieder-lande	Italien	Spanien	Polen
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920											
1. 12. 1871	12 354	6 342	18 696	12 872	3 667 <sup>a</sup>	361	264	81	52	14	.
1. 12. 1880	15 953	11 159	27 112	22 127	3 285	412	278	55	33	8	.
1. 12. 1885	19 211	16 552	35 763	29 016	4 016	795	349	113	109	24	.
1. 12. 1890	20 749	17 078	37 827	29 767	3 855	1 481	320	463	365	14	.
2. 12. 1895	15 694	13 481	29 175	22 060	3 004	1 447	336	215	200	13	.
1. 12. 1900	15 935	12 656	28 591	19 139	2 695	2 449	502	357	449	11	.
1. 12. 1905	17 200	13 663	30 863	19 814	2 267	3 840	470	466	664	16	.
1. 12. 1910	18 886	13 770	32 656	15 337	2 229	7 124	469	1 019	1 092	20	.
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936											
16. 6. 1925	6 132	5 894	12 026	2 074	654	1 245*	203	481	326	22	2 369
16. 6. 1933	.	.	10 382	1 801	432	764*	223	474	332	28	2 442
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937											
17. 5. 1939	7 215	3 787	11 002 <sup>b</sup>	1 646	231	.	68	314	346	11	1 655
31. 12. 1950	.	.	14 741	1 833	108	633*	125	483	296	38	3 616
6. 6. 1961	5 874	3 757	9 631 <sup>c</sup>	1 568	177	628*	367	488	1 149	598	6.
30. 6. 1965	.	.	26 061 <sup>c</sup>	3 237	371	1 298*	884	776	2 138	3 661	1 573

\* ) Österreich a) ohne im Kreis Hzgt. Lauenburg b) darunter 5 205 Angehörige der ehemal. Baltischen Staaten; ohne Insassen von IRO-Auswanderungslagern c) darunter Griechenland 2 363, Türkei 2 502

QUELLEN: 1871, 1925, 1933 und 1939: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dr. Reichs, I: Reihe, Bd. 2; N.F., Bd. 401, 451, 552 1890, 1895, 1900, 1905, 1910: Kaiserl. Statist. Amt, Vj. hefte z. 1880 z. T. und 1885: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 66, 96 Stat. d. Dr. Reichs, 1894/III, 1898/I, 1902/I, 1907/III, 1912/III  
1880 z. T.: Kaiserl. Statist. Amt, Monatshefte zur Stat. d. Dr. Reichs, 1884/VIII 1950 bis 1965: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

## Haushalte nach Art und Größe

Die Vergleichbarkeit der Zahlen in dieser Tabelle ist gestört, da sich der Begriff des Haushalts mit den Wandlungen der wirtschaftlichen, Wohn- und sozialen Verhältnisse wiederholt geändert hat. Während bis 1939 der Haushalt im wesentlichen als "Wohn- und (haus-)wirtschaftliche Gemeinschaft" definiert war, galt 1946 und 1950 die "Wohngemeinschaft" und das "Wohnrecht" als Kriterium eines Haushalts. 1961 war jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, ein Privathaushalt.

Besonders die Angaben über die Einpersonenhaushalte und die Anstaltshaushalte sind nur bedingt vergleichbar. Vor dem 1. Weltkrieg war der Untermieter und Schlafgänger noch eng mit der Familie des Hauptmieters verbunden und zählte daher zum Haushalt des Hauptmieters, auch wenn er dort nicht beköstigt wurde. Nur wenn Einzelpersonen eine besondere Wohnung innehatten und eine eigene Hauswirtschaft führten, galten sie als Einpersonenhaushalt. 1933 wurden auch alleinstehende Untermieter mit überwiegend eigenen Möbeln und getrennter Hauswirtschaft als Einpersonenhaushalte angesehen. Solche Fälle waren aber damals nicht häufig. Heute zählt jede allein wohnende und wirtschaftende Person (außer Verwandte, häusliche, gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte, jedoch einschließlich

Untermieter u. ä.) als Einpersonenhaushalt. - Die Erfassung der Anstalten war in den Zählungen bis zur Jahrhundertwende nicht einheitlich; die Ergebnisse sind daher unsicher. Erst 1905 wurde ausdrücklich bestimmt, daß Haushalte mit Zimmermieter und Schlafgängern keine Anstalten sind, auch wenn sie mehr als 10 solcher Personen aufgenommen haben. 1910 verstand man unter einem Anstaltshaushalt "jede Gesamtheit von Personen, welche freiwillig oder gezwungen unter besonderer Oberleitung in Wohnung und Kost ist". Dazu gehörten u. a. auch Gäste und Personal in Gasthäusern; Militärpersonen in Kasernen, Lazaretten und Gefängnissen; Besatzungen und Fahrgäste eines Schiffes. Mit der Wandlung des Bevölkerungsbegriffes von der "ortsanwesenden Bevölkerung" zur "Wohnbevölkerung" (1925) wurde der Personenkreis der Anstalten eingeschränkt, da nicht mehr die zufällige "Ortsanwesenheit" (z. B. bei Hotelgästen, Fahrgästen auf Schiffen usw.), sondern der ständige Wohnort maßgebend war. Heute ist eine Anstalt eine Einrichtung, die der Unterbringung und (zumeist auch) der Verpflegung und Betreuung von Personen in Erfüllung eines bestimmten sozialen, religiösen, erzieherischen oder medizinischen Zweckes dient (Altersheime, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Strafanstalten, Lehrlingsheime u. dgl.). 1961 zählte der dienstpflichtige Soldat zum Haushalt seiner Familie.

Stand	Privathaushalte							Anstalten	Personen in	
	insgesamt	davon mit ... Personen							Privat-haushalten	Anstalten
		1	2	3	4	5	6 u. mehr			
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920										
3. 12. 1867	232 122	.	.	.	.	.	.	1 043	1 010 597	21 099
1. 12. 1875	235 729	16 603	.	.	.	.	.	1 332	1 050 753	23 173
1. 12. 1880	244 540	16 582	.	.	.	.	.	1 708	1 097 108	30 041
1. 12. 1885	251 582	19 686	.	.	.	.	.	1 228	1 120 646	29 660
1. 12. 1890	266 770	21 050	.	.	.	.	.	1 216	1 184 322	35 201
2. 12. 1895	281 413	21 542	.	.	.	.	.	1 666	1 247 999	38 417
1. 12. 1900	305 135	22 765 <sup>b</sup>	53 038	52 764	48 728	40 553	87 287 <sup>a</sup>	2 517	1 341 616	46 352
1. 12. 1905	333 423	25 512 <sup>b</sup>	58 015	58 856	54 454	44 679	91 907	1 281	1 462 144	42 104
1. 12. 1910	362 396 <sup>c</sup>	27 292	63 627	66 087	60 920	49 355	95 115	1 538	1 551 318	69 686
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936										
1. 12. 1910	326 157	24 563	.	.	.	.	.	.	.	.
16. 6. 1925	386 450	26 222	78 546	89 124	77 188	49 580	65 790	2 347	1 478 452 <sup>d</sup>	40 913
16. 6. 1933	448 440	38 950	109 098	111 999	85 066	49 984	53 343	943	1 556 100	33 564
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937										
17. 5. 1939	450 221	42 479	127 278	112 532	80 459	43 455	44 018	2 525	1 479 146	110 121
29. 10. 1946	838 233	172 873	228 464	179 241	120 122	64 813	72 720	1 212	2 503 934	71 270
13. 9. 1950	866 094	180 094	226 763	187 104	134 493	70 390	67 250	1 963	2 552 754	41 894
6. 6. 1961	806 093	175 904	228 356	171 131	124 856	61 155	44 691	1 415	2 249 359	68 082

a) dar. 18 641 Haushalte mit 9 und mehr Personen b) dar. 17 891 "einzellebende" weibl. Personen c) dar. 32 790 Haushalte mit Untermietern ("Zimmermieter, Chambregarnisten, Schlafgänger") d) dar. 134 541 familienfremde Personen (34 308 Hausgehilfinnen, 64 762 Gewerbegehilfen in einem vom Haushaltsvorstand geleiteten Betrieb und 35 471 Untermieter)

QUELLEN: 1867 bis 1895: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 16, 39, 66, 96, 121, 148 1905: Kaiserl. Statist. Amt, Vj. hefte z. Stat. d. Dr. Reichs, 1907/I  
1900, 1910, 1925, 1933 und 1939: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dr. Reichs, Bd. 150, 240, 407, 452, 553 1946, 1950 und 1961: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

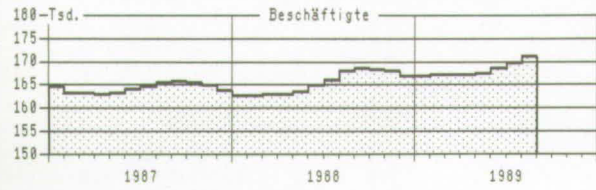
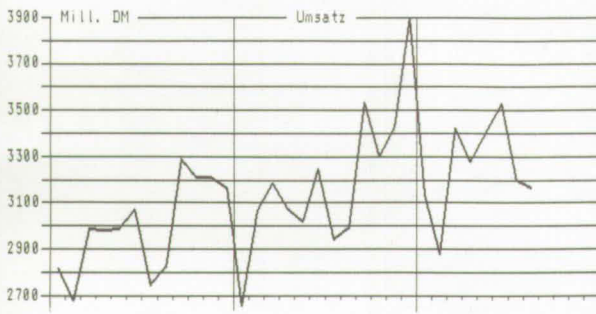
Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967

# Entwicklung im Bild

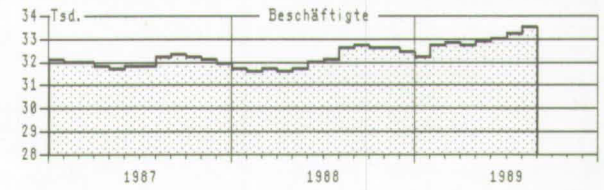
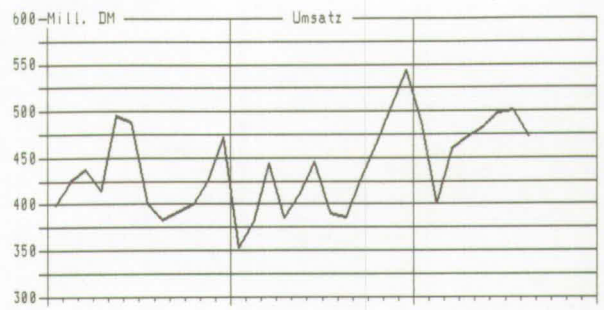
D 5608 Stat. LA S-H (B)

## Verarbeitendes Gewerbe

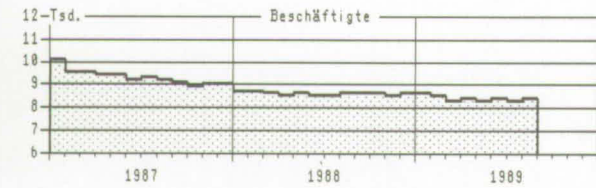
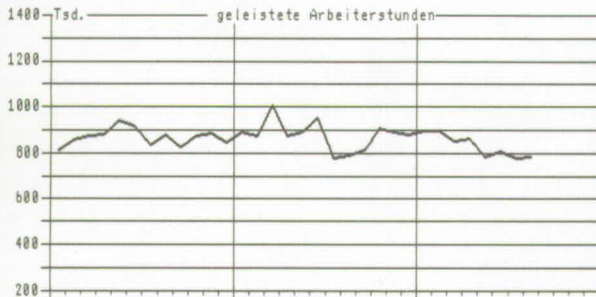
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



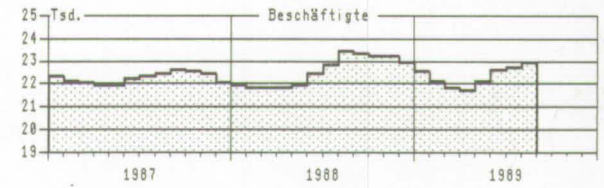
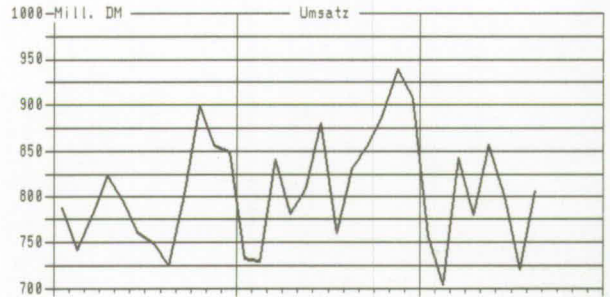
darunter Maschinenbau



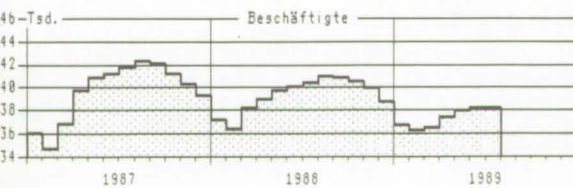
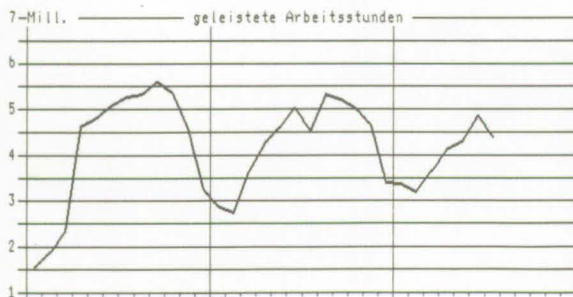
darunter Schiffbau



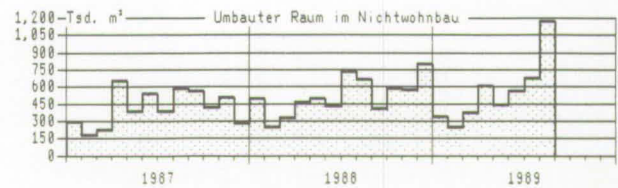
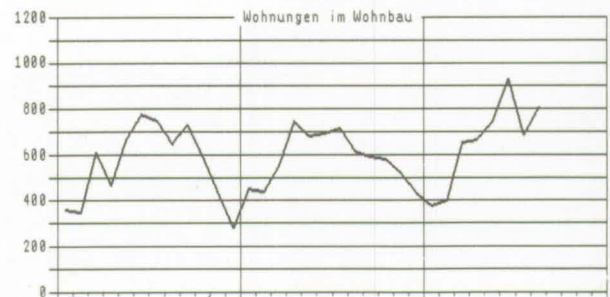
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



## Bauhauptgewerbe



## Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -